

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Wider die Dekadenz

2

Nein zum Zensurgesetz

10

Herr Ziegler, schämen Sie sich!

18



Die «Neuen» im Parlament und die Wirtschaftsverbände

Wider die Dekadenz

hf. Die «Schweizerzeit» publiziert nachstehend einen Auszug aus der 32. Albisgütli-Rede, welche Christoph Blocher an der Albisgütli-Tagung am 17. Januar 2020 im Schützenhaus Albisgütli in Zürich vor 1'250 Parteifreunden und Gästen und den versammelten Medien gehalten hat. Dabei hat er u.a. den zahlreichen Berufslosen bzw. Profipolitikern unter den Neugewählten im Parlament den Spiegel vorgehalten.



Meine Damen und Herren, über die Weihnachts- und Neujahrstage stand die Politik – zum Glück – still. Es ist die Zeit zu lesen, zu hören, oder – auf «journalistisch» – zu recherchieren. Das wichtigste Ereignis im vergangenen Jahre seien die eidgenössischen Wahlen gewesen – heisst es: *Soviel mehr Junge, soviel mehr Frauen, so viel*

mehr Grüne, soviel mehr Linke! Das sei historisch.

Aber wer ist denn da gewählt worden?

Sind es Persönlichkeiten mit Leistungsausweis, mit Erfahrung, mit Bezug zur Lebenswirklichkeit? Ich nehme die Parlaments-Webseite zur Hand, denn diese diene ja – so heisst es – der Transparenz.

Da finde ich zum Beispiel eine *Tamara Funicello*, SP. Sie ist demnächst 30-jährig. Und von Beruf «Studentin». Viel mehr Lebenserfahrung hat da die Grüne *Franziska Ryser* im 29. Lebensjahr, denn ihr Beruf lautet «Doktorandin».

Greta Gysin (36-jährig), Grüne, hat sogar eine doppelte Berufsbezeichnung: Sie ist Politologin und dazu Gewerkschafterin. Gilt die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bereits als Beruf? An Politologen fehlt es im Parlament nicht. Sie sind zahlreich, und die grüne *Delphine Klopfenstein* (43-jährig) ist Soziologin. Doch der politische Leistungsausweis der Grünen Greta Gysin besteht wohl vor allem in ihrem Vornamen. Zumindest für diesen brauchte sie sicher keine Berufslehre.

Fortschrittlicher ist da die Grün-Alternative *Manuela Weichelt* (52-jährig), die das Berufsparlament schon vorausnimmt und als Beruf gleich «Nationalrätin» nennt. Nicht nur das, sie nennt sich noch lieber «erste Zuger Nationalrätin». Da will die rote, 47-jährige *Ada Marra*, SP / VD, nicht zurückstehen: Auch sie ist ebenfalls vollberuflich «Nationalrätin». Die Grüne *Isabelle Pasquier* (47-jährig) ist allerdings schon weiter. Ihr Beruf lautet «Koordinatorin Alpeninitiative». Offenbar ein unkündbarer Dauer-Job, denn über die Alpeninitiative haben wir schon vor 26 Jahren abgestimmt!

Immer neue «Berufe»

Sie können weiterlesen und entdecken immer neue Berufe:

So ist *Leonore Porchet* von den Grünen mit 30 Jahren «Kommunikationsspezialistin». *Katharina Prelicz-Huber* (60-jährig) dagegen nennt sich «Supervisorin und Beraterin». Wen visioniert sie so super und welcher Berufsabschluss führt zum Beruf «Beraterin»? Frau Prelicz-Huber hat ja einen Bindestrich, ist also anscheinend verheiratet. Ja, sicher, wir Ehemänner brauchen Beraterinnen. Ich will meiner Frau sagen – sie war bis heute von Beruf Lehrerin – sie müsse künftig bei ihrem Beruf auch noch «Beraterin» schreiben.

Valentine Python, 44-jährig, Grüne, nennt als Beruf sogar «wissenschaftliche Beraterin». Bei der Grünen *Aline Trede* (36-jährig) habe ich mich schon gefreut, denn ich glaubte, sie sei Inhaberin einer Bäckerei oder einer Metzgerei, denn beim Beruf steht, sie sei Inhaberin einer «Kampagnerei». Wie heisst ihr Geschäftsmodell? Ich zitiere: «Hast du noch kein Weihnachtsgeschenk und es sowieso satt, irgendwas sinnloses zu schenken?»

Spezialunternehmen für:
UMBAUTEN - SANIERUNGEN - REPARATUREN

Wir bedienen jeden Kunden individuell – Aber alle gleich gut



BauExpert GmbH

Loomattstrasse 14c
8143 Stallikon
044 731 15 48
info@bauexpert-gmbh.ch
www.bauexpert-gmbh.ch

Wir arbeiten als Totalunternehmer oder Generalunternehmer

In Notfällen; 24 h - 7 Tage, Pikett unter 079 757 70 31



MAB Möbel
Muotathal

Peter Föhn, Alt-Ständerat

(«Sinnloses» schreibt man bei Aline Trede Kampagne-rei übrigens klein!) «Bei Sunraising hast du die Möglichkeit, Solarstrom zu schenken oder zu spenden. Schau rein: Sonne schenken.» Natürlich ist diese Sonne von Aline Trede nicht geschenkt, sondern kostet Geld.

Der ehrlichste Grüne ist jedoch *Nicolas Walder* (53-jährig). Er hat keinen Beruf. Endlich einer, der zugibt, dass er nichts ist. Ich erinnere mich, dass jemand einmal gesagt hat, der häufigste Beruf des Politikers sei «berufslos».

Da ist *Niklaus Samuel Gugger* (53-jährig), EVP, erfinderischer: Er nennt sich «Sozialunternehmer». Aha, ein Berufskollege von mir, denke ich. Auch ich war mein ganzes Leben ein sozialer Unternehmer, nur wusste ich nicht, dass das ein Beruf ist. Aber Nik Gugger hat es weitergebracht als ich. Er ist «Dr. h.c.», honoris causa, also Ehrendoktor. Ich recherchiere weiter. Woher hat er denn seine ehrenvolle Titelei? Wie zum Gugger wurde Herr Gugger Ehrendoktor? Der Dr. h.c. stammt von einem Privat-Institut in Indien, dem «Kalina Institute of Industrial Technology» in Bhubaneswar, Odisha. Sie kennen diese Universität nicht? Welche Bildungslücke! Sie wurde 1992 mit elf Studenten gegründet, und 2017 wurde ihr vom Staat untersagt, den Titel «Universität» zu tragen.

*

So, ich höre auf zu lesen, denn mir wird elend, wenn ich daran denke, dass all diese Berufslosen ohne oder mit

LACHEN VERBOTEN!

Ein Berner kommt ins Krankenhaus, weil er sich ein Bein gebrochen hat. «Ich bin auf einer Schnecke ausgerutscht», sagt er zum Arzt. Dieser meint: «Das ist aber ungewöhnlich. Haben Sie sie denn nicht gesehen?» – «Nein, das ging nicht.» «Wieso nicht?» fragt der Arzt. «Sie kam so schnell von hinten.»



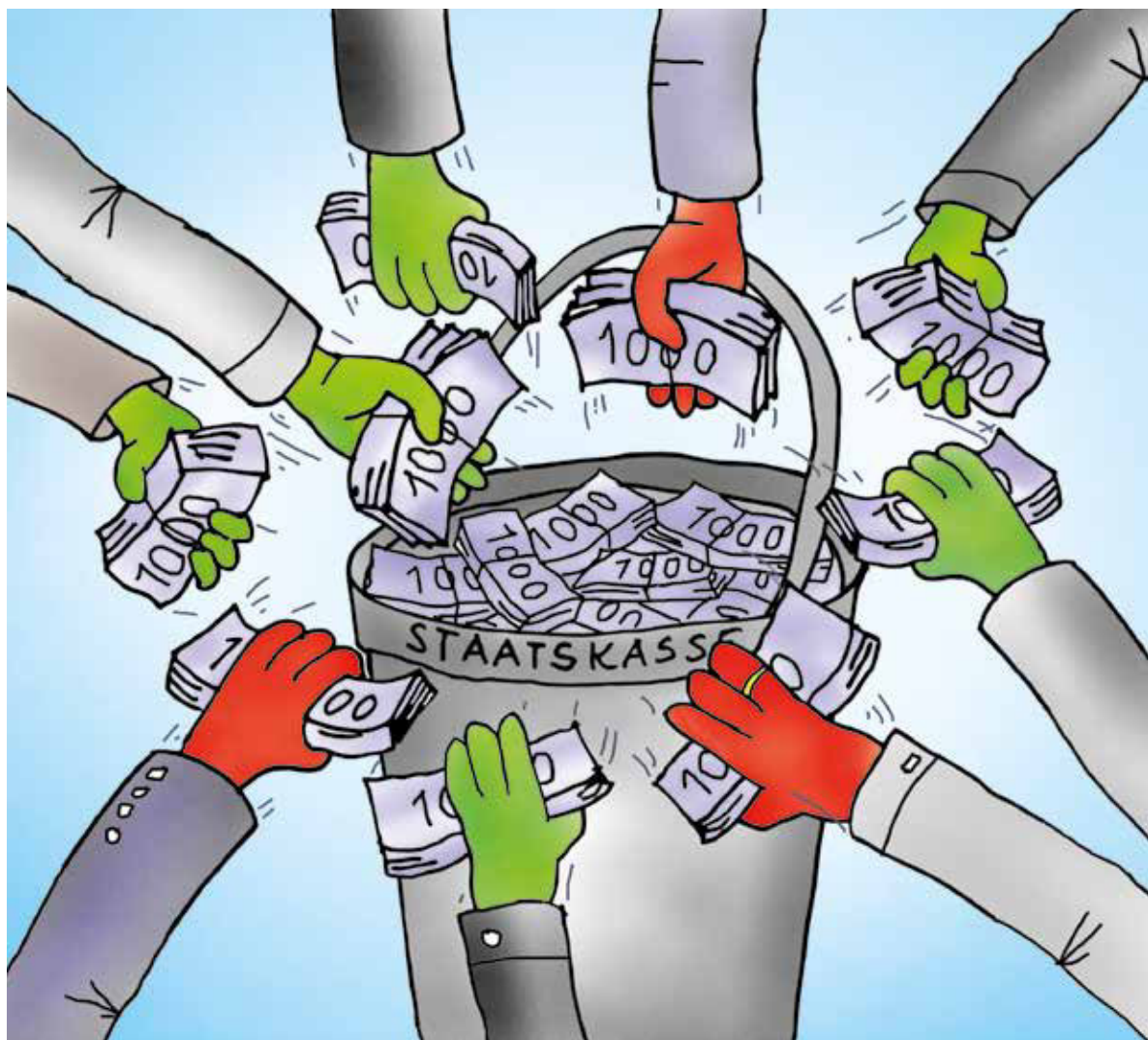
Fantasieberufen und hochstaplerischen Titeln nun unsere Gesetzgeber sind und unser Leben mitbestimmen. Bis jetzt wusste ich zwar und habe es immer gesagt: Alle haben ihre Vertreter im Parlament, die Gescheiten und die Dummen. Aber jetzt sind die Berufslosen wohl übervertreten.

Und was machen sie im Parlament?

Hier ein Beispiel: Da hat diese Grün-Alternative Manuela Weichelt, «erste Zuger Nationalrätin», als eine ihrer ersten politischen Amtshandlungen letzte Woche folgenden Brief an die Parlamentsdienste gerichtet, der Sie als Steuerzahler interessieren könnte. Ich zitiere ihre vier Hauptanliegen wörtlich:

1. «Ich habe im Dezember die Rechnung für meinen Sprachkurs eingereicht. Läuft dies unter Kommunikationsentschädigung [...]?»

Der neue Stil zu Bern
cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





Die Kavaliermusik Zürich und Umgebung – seit 31 Jahren im Albisgütli immer dabei

2. Zum Thema Distanzentschädigung verweist sie auf ein separates Mail. Es geht wörtlich so weiter im Brief:
3. «Kann ich die Rechnung für das Einführungsseminar der ETH in Gerzensee per Mail einreichen, oder soll ich es per Post zustellen?»

4. «Ich habe von einem Fraktionskollegen gehört, dass ein Kurs für Medienauftritte für Präsidien angeboten wird. Ist dieser auch offen für Subkommissionspräsidenten (GPK)? Da ich das Präsidium der Subkommission Gerichte [...] habe, wäre ich daran sehr interessiert.»

Dekadente Prioritäten

Haben Sie sich übrigens die Themen im neuen Parlament genauer angeschaut? Unglaublich! Oberste Priorität geniessen heute die *Genderfragen*. Dann kommt schon bald der *Papi-Urlaub*: Alle Erwerbstätigen sollen für ein paar wenige die Ferien bezahlen.

«Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?» Hier zahlen berufstätige Leute, Gewerbetreibende, alle, die seriös arbeiten. Sie zahlen und zahlen. Das Schmarotzertum weitet sich aus. Wen wundert es da, dass das frei verfügbare Einkommen der Bürger immer mehr zurückgeht? Es wird weggefressen von steigenden Zwangsabgaben, Lohnabzügen, Mehrwertsteuererhöhungen, Gebühren, steigenden Krankenkassenprämien, den immer grösseren Sozialabgaben.

Die Aufgabe der SVP

Und wo sind die Wirtschaftsverbände? Sie haben nicht nur nicht die Kraft, diese Abzockerei zu verhindern, sondern sie unterstützen diese noch oft. Für die mittelständischen Bürger schaut niemand. Dies, meine Damen und Herren, ist die Aufgabe der SVP als Mittelstandspartei!

Nehmen Sie das Beispiel «Energiesstrategie», die einen durchschnittlichen Haushalt viele tausend Franken zusätzlich kosten wird. Vor der Abstimmung über diese Energiesstrategie hat Bundesrätin Leuthard versprochen, es seien maximal 40 zusätzliche Stromfranken pro Familie zu erwarten. Heute wissen wir, dass es nach der ersten Fassung im Ständerat schon für die erste Etappe 1'680 Franken sein werden. Ist Lügen eigentlich eine Berufsvoraussetzung für Bundesräte?

Wo sind die Wirtschaftsverbände?

Dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse fehlte auch bei der verfehlten Energiesstrategie die Kraft, Nein zu sagen. Dabei wird diese Strategie die Energie massiv verteuern. Sie wird die Transportkosten hochschnellen lassen, unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen und dadurch den Werkplatz Schweiz gefährden. Die Nachteile tragen die Unternehmen und damit auch die Arbeiter und Angestellten.

1111 Meter über Meer
Ideal für Winterferien
Direkt an der Skipiste

1111 meters above sea
Ideal for winter holiday
Directly on the ski run

ski in & out

TOP
PAUSCHAL ANGEBOTE
PACKAGE DEALS

ASPEN
alpin_lifestyle_hotel
Grindelwald
Fam. Grossniklaus
Aspen 1
CH-3818 Grindelwald
Tel. +41 33 854 40 00
info@hotel-aspen.ch
www.hotel-aspen.ch

Den Wirtschaftsverbänden ist es wichtiger, zusammen mit den Roten und Grünen die Schweiz der EU zu unterwerfen, als eine saubere Ordnungspolitik zu betreiben.

So auch beim Vaterschaftsurlaub, der wieder Lohnprozente kostet. Zuerst wehrten sie sich dagegen. Doch als dann eine kleine überparteiliche Gruppe das Referendum ergriff, erhielt diese keine Unterstützung. Überall, wo es um vermehrte Abgaben und Umverteilungen geht, glänzen die Wirtschaftsverbände mit Abseitsstehen. Lieber schwimmen sie im Mainstream mit und folgen der veröffentlichten Meinung, als dass sie sich auf ihre ureigensten Aufgaben besinnen.

Christoph Blocher

Mass halten bei der Zuwanderung

C.B. Zur Dekadenz, zum Niedergang, gehört vor allem die verheerende exzessive freie Zuwanderung, die unbeschränkte Personenfreizügigkeit gegenüber den EU-Staaten. Die Zustimmung des Schweizer Volkes erzwang man, indem der vereinigte Mainstream – Verwaltung, Bundesrat, Parlament, Journalisten – eine Fake News nach der andern aufstischte: Die Personenfreizügigkeit werde keine negativen Folgen haben. Mehr als 8'000 bis 10'000 Personen pro Jahr würden nicht kommen. In der Realität sind es 70'000 bis 100'000, also das Sieben- bis Zehnfache geworden. Das Schweizervolk ist damit nicht mehr einverstanden und hat 2015 die Masseneinwanderungsinitiative gutgeheissen. Der entsprechende Verfassungsartikel verlangt, dass die Zuwanderung wieder eigenständig durch die Schweiz gesteuert wird, wie dies in den Jahren 1971–2007 der Fall war. Doch das Parlament machte daraus ein Gesetz, dessen Inhalt genau das Gegenteil des angenommenen Verfassungsartikels ist. Es beschloss nochmals die volle Personenfreizügigkeit. Deshalb stimmt das Schweizervolk am 17. Mai 2020 erneut über die Begrenzungsinitiative ab. Sie gewährleistet, dass nur Leute, welche die Schweiz wegen Mangel an eigenen Leuten braucht, weiterhin einreisen und arbeiten können.

Linksstaat



Wo Freiheit, Sicherheit, Tatkraft eines jeden Einzelnen durch demokratisch geschaffenes, verlässliches Recht vor blinder, triebhaft ausgelebter Leidenschaft gelegentlich die Strasse dominierender Gruppen abgesichert werden kann, lebt der Rechtsstaat. Eine Errungenschaft, die selbst heute nur in einer Minderheit von Staaten so solide verankert

ist, dass die Rechtsordnung auch angesichts überfallartig eintretender, als gefährlich empfundener Ereignisse standhält und damit Richtschnur für das Alltagsleben bleibt. Der Rechtsstaat garantiert jedem jene Sicherheit, welche die Tatkraft leistungsbereiter Menschen nicht behindert, vielmehr befreit.

Im Waadtland ist diese Sicherheit, Freiheit und Leistungsbereitschaft gewährleistende Rechtsordnung eingerissen worden. Ein Richter, offenbar von Greta erschüttert, billigt Manifestanten, welche die Eigentumsfreiheit anderer niedertrampeln, «höhere Gesinnung» zu, die sie, zum Schaden anderer, von der Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln befreie.

Wieviel Leid, wieviel Verderben traf im Lauf der Weltgeschichte schon Staaten und Menschen, als Potentaten, denen die Hebel der Macht in die Hände geraten waren, den blinden Anhängern ihrer Machtansprüche speziellen, sie privilegierenden Umgang mit dem Recht zubilligten – andere brutal unterdrückend, den Rechtsstaat insgesamt der Aushöhlung aussetzend.

**Spalte
rechts**

In ihrer Mehrheit wohl gutgläubige Teenager – nur allzubald unterstützt von Windbeutel-Journalisten – haben nach junger Gefolgschaft hechelnde Politiker dazu verführt, «den Notstand» auszurufen. Wofür, weiss niemand genau. Damit Schlagzeilen auszulösen, genügte den Geltungssüchtigen.

Dass Notstand – auch wenn ohne jede Not ausgerufen – bestimmte Regeln des Rechtsstaates, insbesondere die Gewaltentrennung, ausser Kraft setzen kann, das scheint dem FDP-Richter aus dem waadtländischen Renens ebenso wenig bewusst geworden zu sein, wie die Tatsache, dass Missachtung geltenden Rechts gewaltbereite Demonstranten nur allzu rasch in Versuchung bringt, ihre Zerstörungswut – angeblich gegen das WEF gerichtet – hemmungslos auszuleben. Der Rechtsstaat wird auf diese Weise gebo-digt – wer aber fühlt sich wohl im ihn verdrängenden Linksstaat?

Ulrich Schluer

Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Pardini

Rede und Gegenrede ist Albisgütli-Tradition – seit diese Grossveranstaltung vor 31 Jahren ins Leben gerufen wurde. Christoph Blocher hält die Grundsatzrede – und eine herausragende Persönlichkeit, oft die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident, danach die Gegenrede. Auch Linke, auch Grüne haben diese Gelegenheit genutzt. Das Publikum, zwar parteiisch, hat dabei Interessantes, Ernstzunehmendes, nicht selten auch Witziges vernommen – und regelmässig mit Applaus verdankt.

2020 wurde – die Bundespräsidentin liess sich entschuldigen – der wortgewaltige Gewerkschafter alt Nationalrat Corrado Pardini zur Gegenrede geladen. Er bescherte den Albisgütli-Besuchern eine wahrhaft jämmerliche Enttäuschung. In Apparatschik-Manier las er monoton – immerhin mit unheildräuenden Blicken untermalt – eine nicht enden wollende Litanei in abgestandenem Klassenkampf-Jargon vor, von der

man zunehmend vermutete, er habe sie wörtlich aus dem Kommunistischen Manifest abgeschrieben.

Akzent

Schlicht bizarr waren die Vorwürfe des Langweilers Pardini an die Adresse der nach gut einer halben Stunde allmählich ihre Geduld verlierenden Zuschauer. Sie seien darauf aus, die AHV zu schreddern. Dies, nachdem Christoph Blocher Minuten zuvor das neuste SVP-Projekt für eine Volksinitiative ausführlich vorgestellt und begründet hatte: Jene Gewinne, welche die Nationalbank aus den Negativzinsen, faktisch aus der Beraubung ehrlicher und solider Sparer zieht, sollen fortan lückenlos zu deren Sicherung der AHV zugehalten werden. Dazu kein Wort Pardinis – weil offenbar nichts im abgelesenen Manuskript stand. Und spontan fiel Pardini auch nichts Sagbares ein.

Stattdessen herrschte er die Zuhörer an, auch als Reiche hätten sie Steuern zu bezahlen. Dass die SP den Zürchern gleichzeitig eine Initiative präsentiert, die ihre linke Klientel – oft in von der Öffentlichen Hand massiv subventionierten Wohnungen begünstigt lebend – fast vollständig von Steuerzahlungen befreien will, das übergang der Redner grosszügig.

Vor Pardini aber sassen Mittelständler, Leistungsträger, Bürgerinnen und Bürger, die im wahrsten Sinn des Wortes «den Karren schleppen» im Staat. Sie, diese Leistungsträger sind es, die von Funktionären noch und noch bürokratische Schikanen hinzunehmen haben. Und die von Steuer- und andern Ämtern aufgrund inflationär erfundener Auflagen Jahr für Jahr ausgiebigst geschröpft werden – auf dass sich die von der Linken beherrschte Funktionärskaste in all den krebsartig wuchernden Verästelungen unserer Kontrollbürokratie um so wohlgeler eingerichtet kann.

Auch als Killer der Bilateralen mussten sich die Zuhörer beschimpfen lassen – wobei Pardini übergang, dass das System der Personenfreizügigkeit derzeit tausende ältere Schweizer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozess ausstösst, auf dass sie durch junge, billigere Ausländer ersetzt werden können – ohne dass die Gewerkschaften einen Finger zugunsten dieser betrogenen älteren Generation rühren würden.

Gewerkschafter Pardini hat sich als Langweiler profiliert – mit abgedroschenen, ideologisch motivierten linken Lehrsätzen, die lediglich erkennen liessen, warum das zunehmend leistungsfeindliche Europa gegenüber den Wachstumsmärkten auf dieser Welt immer weiter zurückfällt.

us

Churz & Bündig

Die AHV wird mittels «Generationenvertrag» finanziert: Die Jüngeren im arbeitsfähigen Alter zahlen ein, den Senioren werden aus diesem Geld die Renten ausbezahlt. Wie soll die AHV überleben, wenn alljährlich – «dank» Masseneinwanderung – weitere Tausende oder gar Zehntausende ins Land geschleust werden, die nie auch nur einen Franken an die AHV entrichten, aber volle Rente daraus beziehen? Aus dem Departement Berset liegt bislang kein taugliches Konzept vor.

us

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 17. Januar 2020 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

<<DER PREIS FÜR DIE RETTUNG DES KLIMAS KÖNNTE DER ANFANG VOM ENDE DER DEMOKRATIE SEIN.>>

- ☐ A Eric Gujer, Chefredator der «NZZ»
- ☐ B Henryk M. Broder, Publizist und Buchautor
- ☐ C Boris Johnson, englischer Premierminister
- ☐ D Roger Köppel, Chefredaktor der «Weltwoche», Nationalrat

Die richtige Lösung lautet:

- ☒ B Henryk M. Broder, Publizist und Buchautor

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schluer) eingeladen.

Rückkehr des Totalitarismus? (Teil 1)

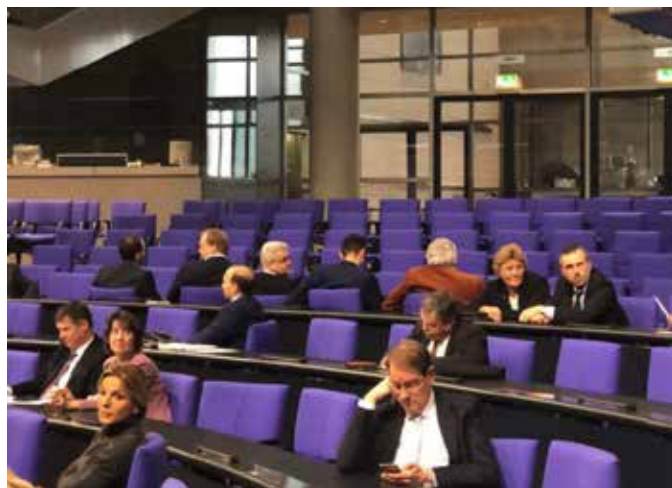
Diktatur des Regenbogens

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Alex Baur wird verprügelt, Roger Köppel aus einer Beiz vertrieben, Christoph Mörgeli von der Universität verbannt, und ganze Parteisektionen werden von der Staatsanwaltschaft verfolgt. Das ist die «Diktatur des Regenbogens».



Als Hans Fehr am Abend des 21. Januar 2011 zu Fuss Richtung Albisgütli geht, kommt er an einer Ansammlung von verummten Personen des «Schwarzen Blocks» vorbei, und plötzlich schlagen ihn einige dieser Gestalten von hinten mit den Fäusten auf den Kopf. Sie werfen ihn gewaltsam zu Boden und treten mit den Schuhen auf ihn ein. Es sind Leute aus der Szene, mit denen Frau Sommaruga kürzlich posiert hat.



Abgeordnete zeigen dem AfD-Redner den Rücken

Gewalt als politisches Mittel

Totalitäre Gruppierungen tragen heute «Sozial-» in ihrem Namen. Sie haben eine totale Ideologie, sie wollen das Denken und Fühlen der Menschen beeinflussen, glauben an Propaganda und Erziehung im Sinne des Staates, an Indoktrination und Manipulation. Die Drecksarbeit macht die Sturmabteilung der Linken, die Antifa: Die «Weltwoche»-Journalisten Alex Baur, Christoph Mörgeli und Roger Köppel wurden von ihnen in aller Öffentlichkeit attackiert. Die Faszination fürs Totalitäre steckt tief in der DNA der Sozialen; und so findet ein potentieller SP-Präsident daran nichts Verwerfliches, dem venezolanischen Diktator Hugo Chávez «herzlich» zu dessen angeblicher «Wiederwahl» zu gratulieren, und ein SP-Ständerat schämte sich nicht, den Gewaltherrscher Fidel Castro enthusiastisch zu feiern.

«Eintritt für AfD-Mitglieder verboten»

Besonders empfänglich für totalitäres Verhalten ist traditionell Deutschland. Hier kommen sogar die alten Methoden wieder zur Anwendung: Das Berliner Restaurant «Nobelhart & Schmutzig» etwa verweigert mit Verbots-Aufklebern AfD-Mitgliedern den Zutritt. Und als eine Funktionärin der Grünen vor laufender Kamera den AfD-Chef Gauland und seine gehbehinderte Begleitung durch die Stadt hetzte und «erfolgreich aus der Altstadt vertrieb», wurde sie von namhaften Politikern gefeiert. Und Guido Reil, AfD-Mitglied des Europäischen Parlaments, schrieb: «Ich hab sechs Anschläge hinter mir, ich hab hier zwei Autos verloren, und meine Frau hat seit drei Jahren die Rollos nicht mehr hochgezogen. Und jetzt muss ich weg, obwohl ich gern bleiben würde.»

Facebook-Nutzer werden isoliert

Um das Internet zu kontrollieren, hat unser Nachbarland das Netzwerkdurchsetzungsgesetz geschaffen. Besonders perfid ist das sogenannte «Shadow Banning», von dem behauptet wird, dass es von Facebook eingesetzt wird. Hierbei wird der Facebook-Nutzer isoliert, ohne dass er es merkt. Ziel ist es, ihn zu frustrieren. Er soll annehmen, dass sich niemand für seine Meinung interessiert, sodass er mit der Zeit die Lust verliert, weitere Beiträge zu posten. Und mit der Keule des Strafrechts, den undurchschaubaren «Antidiskriminierungs-Tatbeständen», werden Meinungen auch bei uns präventiv verhindert. Als nächstes sollen dann «Klimaleugner» wie Holocaust-Leugner strafrechtlich verfolgt werden.

Gleichschaltung der Medien

Das Umweltsau-Lied im WDR ist nur ein Beispiel, wie missliebige Verhalten verächtlich gemacht wird. Beim ARD ist ein «Framing Manual» im Umlauf, das zeigt, wie man durch manipulatives Informieren suggestiv Meinungen steuert. Das Fernsehen DRS wiederum deutet den eingangs erwähnten Angriff auf Hans Fehr um: Es sei «vor einer Albisgütli-Tagung der SVP zu Ausschreitungen» gekommen, bei denen Fehr verletzt worden sei. So als sei Fehr selber schuld. Kein Wunder fordern Mitte-Links-Parteien ständig mehr Geld für die Propagandamaschinerie SRG. Dass dem Staatssender bereits über eine Milliarde Franken zur Bewusstseinsbildung im Sinne der Diktatur des Regenbogens zu Verfügung stehen, reicht ihnen offenbar nicht.

Hermann Lei

(Teil 2 folgt in der nächsten «Schweizerzeit»)

Leserbriefe

Bloss ein Plauderi?

Zum Beitrag von Hans Scharpf, «Schweizerzeit» Nr. 1/2020: Werter Kollege, unser Auftrag im traditionsreichen Gebirgsschützenbataillon 6 (ebenso der Bataillone 10 und 11) als Hochgebirgs-Spezialisten war, den Ost-Zugang zur Gotthardfestung unüberwindbar zu halten. Bezüglich des von Ihnen monierten Professors ergänze ich folgendes: Nennen wir doch die Sache beim Namen. Seine Absicht ist es, uns lächerlich zu machen und unseren Stolz auf die Wehrfähigkeit zu zerstören. Das ist nicht etwa bloss «Plauderei» sondern ein gezielter Frontalangriff auf die Selbständigkeit unseres Landes.

Pierre Juchli, lic.rer.publ. HSG, Adliswil

KV-Ausbildung auf Abwegen

Der radikale Umbau der KV-Ausbildung mit dem Projekt «Kaufleute 2022» könnte ein schwerer Schlag für die bisher weltweit erfolgreiche Schweizer Berufsausbildung werden – wenn die sogenannte «Kompetenzorientierung» mit dem «selbstgesteuerten Lernen» auch in anderen Berufen «Schule machen» sollte. Die

Reform «Kaufleute 2022» soll KV-Abgänger angeblich fit für die Zukunft machen. Fachkompetenz sei nicht mehr in erster Linie gefragt. Der KV-Lehrling schlüpfe in die Rolle eines «agilen Vermittlers» und soll anstelle der bisherigen klassischen Fächer diffuse «Handlungskompetenzen» wie «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen» erwerben. Hauptfächer wie Finanz- und Rechnungswesen sollen abgewählt werden können. Mit dieser à la carte-Ausbildung wird das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis zu einem wertlosen Stück Papier. Unserer Jugend droht mit der Schmalspurausbildung höhere Arbeitslosigkeit und den Firmen eine tiefere Wertschöpfung.

Peter Aebersold, Zürich

Feige, blind und ohne Fundament

Ulrich Schluer beklagte vergangenes Jahr zu Recht das Schweigen der Landeskirchen in Fragen, die deren Glieder direkt betrafen, so selbst bei klassisch ethischen Themen. Die katholische Bischofskonferenz beschloss zur Ausdehnung der Anti-Rassismus-Strafnorm – aus Feigheit? – Stimmfreigabe. Der Kirchenrat der Reformierten Kirche Baselland empfiehlt ein Ja zur neuen Anti-Rassismus-Strafnorm und übernimmt explizit die Position des Rats der Evang.-reformierten Kirche der Schweiz (EKR), was wenig überrascht.

Das kirchliche Votum spricht von der «Würde als Geschöpfe Gottes», nur hat die EKR-Abgeordnetenversammlung zuvor Gottes Schöpfungshandeln in Anpassung an den Zeitgeist rasch umdefiniert: Jetzt ist nicht mehr massgeblich, was in der Bibel steht, sondern was angeblich den Willen der Gesellschaft widerspiegelt. Neu spricht die Kirche von «geschöpflicher Fülle» und meint: «Unsere sexuelle Orientierung können wir uns nicht aussuchen.» Hat niemand gesehen, dass andere mit dieser Formulierung nun Pädophilie, Polygamie, Polyamorie oder Sodomie gutheissen könnten? Wenn eine Kirche eine Sünde zur Tugend erklärt und sich dem Zeitgeist anpasst, dann zerstört sie ihr eigenes Fundament.

Pfarrer Reinhard Möller, Aesch BL



Gast und Hausherr

Soll ein Gast, der in die Schweiz einwandert, die gleichen Rechte haben wie ein Schweizer Bürger? Die linke Stadtpräsidentin von Zürich möchte den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht schon nach zwei Jahren Aufenthalt zugestehen. Würden Sie, lieber Leser, vergleichsweise, einem Gast in Ihrem Haus, einfach so, uneingeschränkten Bestimmungs- und Handlungsfreiraum zugestehen? Wenn Sie es tatsächlich tun würden, wäre ein Streit in absehbarer Zeit sicher. Der Gast ist nun mal Gast und nicht Hausherr. Er hat sich den Regeln des Hausherrn anzupassen. Dieser bestimmt und nicht der Gast. Basta.

Die Ausländer seien doch ebenso von den Abstimmungsergebnissen betroffen wie wir Schweizer Bürger, moniert besagte Stadtpräsidentin. Was sie offenbar nicht erkennt: Es geht bei Abstimmungen nicht nur um die Interessen des Einzelnen (bzw. der Sozis). Es geht um die Interessen unseres Landes. Da kann man nun raten, ob die Abstimmungsent-scheide der Ausländer unserem Land oder ihrem persönlichen Wohl und ihrem Land dienen würden. Gerade in diesem Punkt qualifiziert sich der Schweizer Stimmbürger. Er entscheidet nicht nur eigennützig, sondern auch im Interesse unseres Landes. Das ist der Grund, weshalb unsere direkte Demokratie funktioniert. Und diese setzen wir nicht leichtsinnig aufs Spiel.

Peter Schnyder, Ennenda

Für Freiheit – gegen den Gesinnungsstaat

Mit der vorgesehenen Verschärfung der Antirassismus-Strafnorm kann künftig mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden, wer aus Glaubens- oder Gewissensgründen oder ganz einfach aufgrund seines natürlichen Menschenverstandes nicht jede sexuelle Präferenz als gleichwertig erachtet und sich entsprechend äussert. Die heutige Gesetzgebung beinhaltet bereits das Recht, im Rahmen des Persönlichkeitsschutzes und aufgrund von Ehrverletzungsklagen Täter zu verfolgen. Mit weitergehenden Strafrechtsbestimmungen würde die Schweiz zu einem Gesinnungsstaat, der zunehmend diktatorische Züge aufweist, die eines pluralistischen Staates unwürdig sind. Darum muss die Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm am 9. Februar 2020 abgelehnt werden.

Heinz Kyburz, Meilen

Endlich Klarheit: Wir sind schuld!



Der folgenden Frage steht man nach gemachten Erfahrungen mit dem europaweiten Asylanten-Tsunami des Jahres 2015 inzwischen etwas offener gegenüber: Warum sind laut dem Schweizer Bundesamt für Statistik (BfS) sieben von zehn Häftlingen in der Schweiz Ausländer? Anders gefragt: Warum belegt die Schweiz gemäss Europarat-Studie mit 71,4 Prozent ausländischen Gefängnisinsassen (in «Resteuropa» sind es durchschnittlich 15,9 Prozent) den Spitzenplatz? Hierzu ein Blick auf die Zahlen anderer europäischer Staaten: Vor uns liegen europaweit nur vier Länder mit höherem Ausländeranteil in den Gefängnissen: Monaco mit 93 Prozent, Andorra mit 80, Liechtenstein mit 75 und Luxemburg mit 72,1 Prozent. Dann folgen wir mit 71,4 Prozent. In Italien beträgt der Anteil 34,1 Prozent, in Frankreich 22,1, in Irland 13,1, in England 11,1, in Mazedonien 4,8 und in Polen 1,1 Prozent.

Das Phänomen lässt sich erklären:

Erstens: Wir sind mit 25,1 Prozent Europas Spitzenreiter bezüglich Ausländeranteil an der Bevölkerung.

Zweitens: Von der Gesamtanzahl inhaftierter Personen leben nur 49,3 Prozent legal im Lande; 9,6 Prozent sind Asylsuchende und 41,1 Prozent sind andere Ausländer.

Drittens: Es zählen – akkurat nach Statistik – die Ausländer dazu, die nur zum Delinquieren einreisen und deren Zahl steil ansteigt.

Schweizer Experten der Strafverfolgung sagen: In keinem anderen Land Europas ist die Strafverfolgung ausländischer Straftäter so lasch wie hier. Ergo stufen Straftäter unser Land als hochgeschätzte Delinquenz-Destination ein.

Nun hat ein nationales «Linksblatt» den Vogel abgeschossen, indem es flugs uns selbst als Alleinschuldige geoutet hat. Dies mit einer skurrilen Begründung: Indem die Schweiz illegale Einreise und Aufenthalt gesetzlich unter Strafe stelle, sei sie selber Auslöser der unschönen Statistik und der hohen Gefängnispräsenz von Ausländern. Gemäss dieser «Logik» müssten wir die (Straf-) Gesetzgebung gänzlich abschaffen und zur weltweit einzigen Nation in entkriminalisierter Zone mutieren.

Und bereits folgt der Nonsens-Olymp: Das Bundesgericht nimmt nun tatsächlich den Gedanken auf, illegale Einreisen und Aufenthalte nicht mehr als Straftat zu sanktionieren. Dies in der Hoffnung, so den Ausländeranteil in den Gefängnissen zu senken. Logisch? Naja!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Schweizerzeit

«Freundschaftsdienst»

Weil unsere Buchhalterin im kommenden Frühling ihr zweites Kind erwartet und sich danach ganz ihrer Familie widmen will, ist der Verlag «Schweizerzeit» auf der Suche nach einer/einem

Buchhalter/in

Das veranlasst uns zur Frage an unsere Leserschaft: Ist eine Persönlichkeit aus unserem Abonnementkreis mit Buchhaltungs-Erfahrung bereit, diese Aufgabe als Freundschaftsdienst für die «Schweizerzeit» gegen geringes Entgelt zu übernehmen?

Das würde uns ausserordentlich freuen.

Gerne sind wir zu näheren Auskünften bereit. Auch zur Vereinbarung eines Termins für ein Treffen, in dem Möglichkeiten mit unseren Bedürfnissen verglichen und gründlich diskutiert werden können.

Schweizerzeit Verlags AG, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Verlangen Sie Herrn Ulrich Schlüer,
Frau Denise Betschart oder Frau Susanne Moser

Churz & Bündig

Neue Antirassismus-Strafnorm: Man darf weiterhin alles sagen. Aber man muss dafür sorgen, dass es niemand hört.

Offenbar ist die Menschheit ins Zeitalter des höheren Blödsinns übergetreten.

*

Wenn ein Imam die Sozialhilfe schädigt: Geht das unter «Religionsfreiheit»?

us



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Meinungsfreiheit beschneiden?

Nein zum Zensurgesetz

von Benjamin Fischer, Kantonsrat und Präsident SVP Kanton Zürich, Volketswil ZH

Am 9. Februar 2020 stimmen wir über die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm um das Kriterium der sexuellen Orientierung ab. Was uns als «Diskriminierungsschutz» verkauft wird, ist in Wahrheit ein Zensurgesetz, das die Meinungsfreiheit sowie die Gewissens- und Gewerbebefreiheit bedroht.



Wie lange regen wir uns schon über die unsägliche Rassismus-Strafnorm auf? Die Gerichtspraxis ist längst aus dem Ruder gelaufen, die Strafnorm hat sich zu einem veritablen Maulkorb-Paragraphen entwickelt, der unliebsame Äusserungen zur Einwanderungspolitik unter Generalverdacht stellt.

Und nun soll dieser schwammige Artikel einer Gesinnungsjustiz gar noch erweitert werden – um den nicht minder schwammigen Begriff der «sexuellen Orientierung». Längst haben findige Moralisten ein Geschäftsmodell daraus gemacht, in den sozialen Medien nach Aussagen zu suchen, die strafrechtlich relevant sein könnten, um diese zur Anzeige zu bringen. Mit der Erweiterung des Maulkorbartikels soll nun ein weiteres Instrument geschaffen werden, um unliebsame Meinungen mittels Strafrecht auszumerzen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Kontraproduktiv

Homo- und bisexuelle Menschen sind längst gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft. Sie haben es nicht nötig, zur vermeintlich schwachen und schützenswerten Minderheit degradiert zu werden. Das Zensurgesetz ist angesichts der existierenden Realitäten nicht nur unnötig, sondern kontraproduktiv. Hass, Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt jeglicher Couleur müssen bekämpft werden, unabhängig davon, gegen wen sie sich richten. Das Strafrecht bietet bereits heute ausreichende Instrumente, die bei Hasskriminalität gegen sexuelle Minderheiten angewendet werden können, so zum Beispiel die Artikel des Strafgesetzbuches zu Beschimpfung, übler Nachrede oder Drohung. Gerade Gewaltaufrufe und -anwendung jeglicher Art sind selbstverständlich schon heute strafbar, sie müssen nur konsequent zur Anzeige gebracht werden.

Brandgefährlich für die Meinungsfreiheit

Es kann und soll nie einen Anspruch geben, jede mögliche Beleidigungsempfindung per Strafrecht aus der Welt zu schaffen, denn die Meinungsfreiheit ist damit nicht vereinbar. Dass nun gewisse Kreise genau dies versuchen, ist brandgefährlich. Meinungsfreiheit ist elementar, weil eine freie Gesellschaft keiner Instanz

die Macht geben will, abschliessend darüber zu entscheiden, was wahr und was falsch ist. In einer freien Gesellschaft zählen der offene Diskurs und alleine der zwanglose Zwang des besseren Arguments.

Mittels Strafrecht mundtot gemacht

Gehen wir beispielsweise davon aus, ein Bischof sagt, Homosexualität sei nicht von Gott gewollt. In einer freien Gesellschaft hat jede Person das Recht, den Bischof zu kritisieren, aus der Kirche auszutreten, andere zum Austritt aufzurufen oder die Absetzung des Bischofs zu fordern. In einer unfreien Gesellschaft hingegen wird entweder die eine oder die andere Seite ganz einfach mittels Strafrecht mundtot gemacht. Damit werden Diskurs und Argumente wertlos.

Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Grenze zwischen unliebsamer Meinung, Anstand und Strafrecht immer weiter verschoben werden. Natürlich soll gegen Hass vorgegangen werden, jedoch nur dort, wo jemand direkt angegriffen ist – unabhängig davon, gegen wen dieser Hass geäussert wurde. Dafür gibt es wie erwähnt ausreichend Instrumente im Strafrecht, es braucht keine Sonderrechte für einzelne Gruppen.

Paradoxe Auswüchse als Folge

Das Zensurgesetz nützt nicht nur nichts, sondern hätte womöglich auch verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaftsfreiheit. Ein Rechtsgutachten der renommierten Rechtsanwältin Isabelle Häner zeigt konkret auf, was neu strafbar würde. So müsste eine Organisation für Adoptionsvermittlung, die ihre Dienstleistungen nur heterosexuellen Paaren anbieten will, weil sie die Ansicht vertritt, dass Kinder idealerweise einen Vater und eine Mutter brauchen, ebenso mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen wie eine Partnervermittlungsplattform, bei der man nur nach Partnern des entgegengesetzten Geschlechts suchen kann. Es geht hier nicht darum, ob man gleicher Meinung ist, sondern ob in unserem Land Meinungs-, Gewissens- und Wirtschaftsfreiheit gelten soll oder nicht.

Halten wir uns vor Augen: Eine Gesellschaft ist noch nie an zu viel Meinungsfreiheit gescheitert. Aber sehr wohl an zu viel unnötiger Gängelung und staatlicher Willkür gegenüber dem Volk. Stimmen Sie deshalb am 9. Februar 2020 Nein zur Erweiterung der Rassismus-Strafnorm!

Benjamin Fischer

«Klimapolitik: Kluge Köpfe braucht die Welt!»



Die Welt diskutiert weiterhin über Klimaschutzmassnahmen. Linke Parteien übertreffen sich mit immer absurderen Verbotsvorschlägen. Einiges davon hat leider im baselstädtischen Grossen Rat eine Mehrheit gefunden. So sollen in der dichtbesiedelten Stadt Flächen in den Quartieren geschaffen werden, um regionale Produkte anzubauen.

Rüebli vom Münsterplatz und Mais vom Rheinbord? Die gleichen Kräfte überregulieren gleichzeitig im nationalen Parlament unsere Landwirtschaft.

Viele Ideen der Klimafantasten entspringen sozialistischem Gedankengut, welches unseren Wirtschaftsstandort schädigt. So wehren sich in Basel sogar ein paar Vernünftige aus der SP gegen zu strenge Auflagen für den EuroAirport – im Wissen darum, dass der Flughafen ein wichtiger Arbeitgeber ist – gerade für Arbeitnehmer, welche niederschwellige Jobs ausüben.

Klug ist, wer auf Forschung setzt. So wird die Abschaltung der AKWs in unserem Land die Versorgungssicherheit gefährden. Lücken müssen mit Importen aus dem

Ausland geschlossen werden. Kluge Köpfe investieren in Atomkraft. Spitzenforscher entwickeln Kernreaktoren der Zukunft. Diese sollen an moderne Stromnetze angepasst werden können und die globale Erwärmung stoppen. Selbst die «heilige» Greta und der Weltklimarat mussten zugeben, dass «Atomkraft ein kleiner Teil einer grossen, neuen, kohlenstofffreien Energielösung sein kann.» Führende Institute haben berechnet, dass durch die Atomkraft die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden könnte.

Sicherheitsbedenken, aber auch die Probleme der Endlagerung, können durch neue Ideen beseitigt werden. Künftig sollen die Anlagen nicht nur für die Stromproduktion dienen – ihre Hitze soll auch für Wasserstoff für Autos, Züge und die Industrie verwendet werden. Der Kreislauf würde sich schliessen, die Produktion wäre klimaneutral.

Die Stromversorgung der Zukunft muss ein Mix aus verschiedenen Quellen sein. Dass wir die Atomenergie verboten haben, werden wir teuer bezahlen. Einmal mehr haben sich Kräfte durchgesetzt, welche nicht an klugem Klimaschutz interessiert sind. Vielmehr lieben sie ideologische Verbote und Bevormundungen.

Joël Thüning, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

MEILENSTEIN

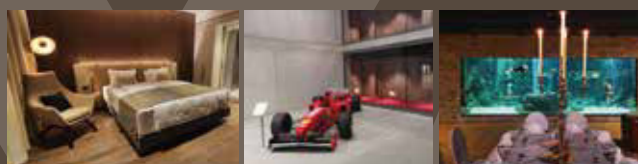
ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

Untaugliche Konzepte von Rot-Grün

Ausstieg aus dem Wohlstand

von Hans Kaufmann, lic. oec. publ., alt Nationalrat, Wettswil a. A., ZH

Der Ausstieg aus fossilen Energien geht nur schleppend voran. Der Erdöl- und Erdgasverbrauch, ja sogar der Kohleverbrauch, nehmen in den nächsten Jahren wohl noch weiter zu. Aber früher oder später wird die Erdölnachfrage dank dem wachsenden Angebot an alternativen Energien zurückgehen.



Am Erdölmarkt genügt meistens schon ein bescheidener Überschuss von einem bis drei Prozent, um den Erdölpreis zu drücken. Fällt nicht nur der Erdölpreis, sondern auch die Nachfrage, dann werden zwar die meisten westlichen Produzentländer und grossen Erdölmultis darunter zu leiden haben. Aber im Vergleich zu den Problemen im Nahen Osten, in Afrika und teils in Lateinamerika sind jene im Westen wohl zu bewältigen.

Denkt man an die Nahost-Länder wie den Irak, wo die Staatseinnahmen zu 90 Prozent aus dem Erdölsektor stammen, dann kann man sich vorstellen, was in diesem Staat passieren wird, wenn die gewohnten Einnahmen ausbleiben und die staatlichen Leistungen sogar für die Ärmsten der Armen massiv gekürzt werden müssen. Auch in Russland trägt das Energiegeschäft rund 40 Prozent zum Staatsbudget (2018) bei. Über die genauen Staatseinnahmen aus dem Energiegeschäft existieren keine verlässlichen Statistiken. Die Regierungen kassieren ja nicht nur für die Förderlizenzen – auch der Verbrauch wird vor allem in den westlichen Industrieländern relativ stark mit Abgaben und Steuern belastet. Ein Indikator der Weltbank, die sogenannte «Oil Rent», welche die Differenz zwischen dem Marktwert des geförderten Erdöls nach Abzug der Förderkosten im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP zeigt, eignet sich jedoch als guter Indikator für die Abhängigkeit einzelner Länder vom Erdöl. An der Spitze liegen der Irak (38 Prozent) und Libyen (37), gefolgt vom Kongo (37), Kuwait (37), Saudi Arabien (23), Oman (22), Äquatorialguinea (19), Aserbaidschan (19), Angola (16), Gabun (15) und Tschad (15 Prozent).

Auch im Westen spielt die Öl- und Gasindustrie eine wichtige Rolle, wie das Beispiel USA zeigt. So lagen die Durchschnittssaläre dieser Branchen mit 102'221 Dollar im Jahre 2017 um 85 Prozent höher als der Durchschnitt der Privatindustrie (55'331 Dollar). Etwa 15,7 Prozent aller Investitionen in den USA wurden von diesen Energiesektoren getätigt. Mit 10,3 Millionen Jobs (oder acht Prozent aller Jobs) und einem Beitrag von acht Prozent zum BIP ist der Öl- und Gassektor einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren der USA.

Luxus statt sinnvolle Investitionen

Ein Ende des Erdölgeschäfts bedeutet für viele Länder auch ein Ende der automatischen Milliardeneträge – und damit einen Ausstieg aus dem Wohlstand. Im Irak trägt die Produktion der anderen Sektoren nur noch 1,5 Prozent zum BIP bei, wobei in den letzten paar Jahren viele Fabrikhallen zu Lagerhäusern für Importe umfunktioniert wurden.

Andere Erdölländer befinden sich in einer ähnlichen Situation. Saudi-Arabien versucht seine Wirtschaft mit einem gewaltigen Finanzaufwand von wohl über 1'000 Milliarden Dollar mit der sogenannten «Vision 2030» für die Zeit nach dem Erdöl fit zu machen. Aber da die heutige Generation nicht auf ihren Luxus verzichten will, wird die «Vision 2030» nicht schwergewichtig mit Steuern finanziert, sondern mit einem Teilverkauf der staatlichen Erdölgesellschaft Aramco und beträchtlichen Staatsdefiziten.

Nicht nur die saudische Erdöl-Elite, sondern auch jene anderer Produzentländer verschwenden viel Geld für Luxus. Es wurden Prunkstädte mit Prestige-Wolkenkratzern gebaut, obwohl ausreichend Land für weniger anspruchsvolle Gebäude für die breite Bevölkerung zur Verfügung gestanden hätte. Um ihre Pfründe und Machtpositionen abzusichern, gibt die Politelite dieser Länder auch sehr viel Geld für die Landesverteidigung und ihren persönlichen Schutz aus. Viel Geld wurde auch im Ausland investiert, wobei nicht nur Kapitalanlagen getätigt, sondern auch private Villen und Hotels, beispielsweise am Genfersee oder auf dem Bürgenstock in der Schweiz, erworben wurden. Letztere erwecken den Verdacht, dass sich die Middle East- und afrikanische Eliten bereits für alle Eventualitäten vorbereiten, wenn sie einmal vor der rebellierenden Bevölkerung ihrer Heimatländer fliehen müssen.

Neue Flüchtlingsströme und Steuerausfälle als Folge der Energiewende

In Afrika und teils in Lateinamerika verschwanden und verschwinden immer noch grosse Teile der Erdöleinnahmen in privaten Taschen oder in staatlichen Korruptionsnetzwerken. In vielen Erdölländern wurden die Gelder nicht für den Aufbau von Infrastrukturen aller Art eingesetzt, mit der die Ansiedelung von Unternehmen aus dem In- und Ausland bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen ausserhalb des Energiesektors erleichtert würde. Darum wird die Armut und Verzweiflung breiter Bevölkerungskreise in diesen Ländern schon in wenigen Jahren deutlich zunehmen, wenn der Geldsegen des Erdöls versiegt. Wenn

dannzumal religiös oder politisch motivierte Scharfmacher der notleidenden Bevölkerung den Westen als Ursache für ihre Probleme verantwortlich machen, um vom eigenen Unvermögen abzulenken, dann muss man sich nicht wundern, wenn weltweit wieder Terroranschläge aller Art erfolgen. Und enorme Gefahren drohen, wenn die staatlichen Waffenarsenale nach der Flucht der heutigen Politeliten in die Hände von Extremisten und Terroristen gelangen. Die Not wird aber vor allem erneute Flüchtlingsströme nach Europa auslösen.

Auch im Westen werden einige Staaten ohne die bisher reichlich fliessenden Erdöleinnahmen auskommen müssen. So tragen die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft im norwegischen Budget 2020 18,9 Prozent zum Staatshaushalt bei. 2001 waren es sogar 32,1 Prozent. In der Schweiz hat der Bund für 2020 Mineralölsteuern von 4'575 Mrd. Franken budgetiert, was sechs Prozent der Bundeseinnahmen entspricht. Die Besteuerung von Öl- und Gasprodukten in der EU und Norwegen zusammengerechnet steuerte 2015 420 Mrd. Euro zu den Staatshaushalten bei, was 2,7 Prozent des damaligen BIP entsprach. Auf die Staatshaushalte bezogen, die rund 50 Prozent des BIP ausmachen, wären dies dann zwischen fünf und sechs Prozent der Staatseinnahmen. Weitere 34 Mrd. Euro Steuern brachten die Kohleprodukte ein, während auf die Windindustrie zwei Mrd. und auf die Solarindustrie 22 Mrd. Euro entfielen. Viele dieser Steuererträge auf fossilen Energien werden im Zuge der Energiewende nach und nach entfallen und müssen wohl durch neue Abgaben und Steuern ersetzt werden.

Es ist ja so einfach, an Klimakonferenzen grosse Worte zu führen. Aber wenn es darum geht, die geschilderten Probleme anzupacken, die unweigerlich in Form von neuen Flüchtlingsströmen auf uns zukommen, dann bleiben die Rot-Grünen, die sich heute als «Retter der Welt» aufspielenden, stumm.

Hans Kaufmann



Zweierlei Ellen ...

Um den Friedensnobelpreis zu bekommen, bekämpfte ich die Taliban, wurde mir in den Kopf geschossen, überlebte ich eine Fatwa («Rechtsgutachten» bzw. Todesurteil), schrieb ich ein Buch – und ich gründete eine internationale Stiftung für Menschenrechte.



Um für den Friedensnobelpreis nominiert zu werden, schwänzte ich die Schule – und ich meckerte für das Klima.



Das Büro Ha deckt auf!



Islamisierung Österreichs. In unserem Nachbarstaat gibt es 60'000 muslimische Schüler in über 2'200 Schulen. In fast 500 Schulen unterrichten islamische «Lehrer», die vom Staat bezahlt werden. Die muslimischen «Lehrkräfte» haben etwa zur Hälfte weder eine theologische noch pädagogische Ausbildung. Gut 20 Prozent lehnen die Demokratie ab und vertreten «fanatische Haltungen», also «Dschihad-Qualität»! Die Folgen sind katastrophal für österreichische Lehrer und vor allem Lehrerinnen. Gemäss einer Befragung in Wien sind fast ein Drittel der befragten jungen Muslime latent gefährdet, radikalisiert zu werden. Ein weiterer Drittel weist eine latente bis mittlere Gefährdung auf. 50 Prozent sind antisemitisch eingestellt, und 60 Prozent gelten als Demokratie-feindlich.

*

Stellenabbau bei der deutschen Autoindustrie. Das grosse Streichkonzert hat begonnen. Zur Herstellung von E-Autos braucht es massiv weniger Personal als zum Bau von Autos mit Verbrennungsmotoren. Zehntausende von Arbeitsplätzen gehen verloren. Für eine Technologie, von der wir in zehn Jahren sagen werden, dass alles für die «Katz» war. Und Frau Merkel sucht in Indien «Fachkräfte»!

*

Wie sagte doch Napoleon treffend: «Die Schweizer sind wie Kühe, sie laufen den andern hinterher et mettent les pattes dans la merde des autres». Dem ist angesichts des Rahmen-Benachteiligungs-Abkommens nichts beizufügen. Korrekt. Wie war das mit dem Termin? Ex-«Knarren-Uschi» (von der Leyen), jetzt «Öko-Uschi» zu Brüssel, sollte bis Weihnachten im Untersuchungsausschuss aussagen. In Sachen Vergabe, Vorteilsnahme, Schieberei, Umgehung von Dienstvorschriften usw. Bald ist Ostern. Nichts geht. Es geht weiter im alten Trott.

*

Kommt die Anti-Greta-Welle? Diese Resultate werden hierzulande unterschlagen, weil hier der bedingungslose Voraus-Bückling nicht nur eine elende Zeitgeist-Erscheinung ist, sondern Mentalität: Das Forschungsinstitut für Ökonomie und Management (FOM) in Düsseldorf hat im Dezember 2019 bei 2'730 Personen (also repräsentativ) eine Umfrage zum Thema «Nachhaltigkeit und Umweltschutz» beim Geschenkeinkauf vor Weihnachten gemacht. Also die Frage nach Holz, Plastik, Ökosiegel, Bio usw.

Die Ergebnisse dürften die Klimaheilige Greta in Permafrost-Starre versetzen. Fazit: Kein Thema für die meisten jungen Menschen. Spitzenwerte haben dabei die 12-22-jährigen: Für 81 Prozent ist das kein Thema. Der Durchschnittswert liegt bei 72 Prozent.

Tis Hagmann

Lob von den iranischen Mullahs?

Ein vielsagendes Bild: Bundespräsidentin Sommaruga steht beim kürzlichen Neujahrsempfang mit verklärtem Gesicht vor dem iranischen Botschafter Jabbari. Dieser erweist ihr mit gefalteten Händen und einem Bückling die Reverenz, als wäre sie eine Göttin. Jabbari versteht es, seinen Gottesstaat in Szene zu setzen und Schmeicheleinheiten zu verteilen. In einem Interview in der «Tagesschau» SRF und danach im «SonntagsBlick» vom 19.1.2020 zieht uns der Botschafter mit der Aussage «Die Schweiz spielt (im Konflikt Iran-USA) eine aktive und einflussreiche Rolle» den Honig durch den Mund. Bei allem Respekt: Wir spielen in diesem Fall bestenfalls die Briefträgerin.



Und minutenlang darf Jabbari in den erwähnten Medien unwidersprochen die iranische Führung loben, zum Beispiel mit der zynischen Aussage: «Nennen Sie mir ein Land, das ein Flugzeug abgeschossen hat und die Verantwortung übernimmt. Der Iran hat das getan. In nur zwei oder drei Tagen, das ist ein Rekord.» Die tagelange Leugnung dieser entsetzlichen Tat wird also noch zum «Rekord» umgedeutet. Zudem darf Jabbari – in Anbetracht zusammengeschlagener, verwundeter, eingekerkelter und erschossener iranischer Demonstranten – behaupten: «Unsere Bürger können ihre Meinung und ihre Forderungen frei äussern.» Und selbstverständlich habe der getötete General Soleimani, der als Drahtzieher für Terroraktionen und Konflikte im Irak, Libanon, im Jemen, in Syrien und in Israel Tausende auf dem Gewissen hat, nur gegen «Terroristen» gekämpft. Dies im Gegensatz zu den Amerikanern, die laut Jabbari nicht die Terroristen bekämpfen, sondern «jene, die gegen Terroristen kämpfen». So einfach ist das also.

Ähnliche Töne habe ich vor Jahren gehört, als ich mit zwei Parlamentskollegen beim damaligen iranischen Botschafter zu einem Lunchgespräch auf der iranischen Botschaft in Bern eingeladen war. Der Botschafter lobte die Schweiz über den grünen Klee und schwärmte vom Wohlergehen und der Freiheit der Iraner («Sie haben unser politisches System aus Über-

zeugung gewählt») in den höchsten Tönen. Nach unseren kritischen Fragen folgte keine weitere Einladung. Fazit: Es ist gut, wenn wir unsere Guten Dienste und unsere Friedensdiplomatie als Neutrale anbieten und unsere Möglichkeiten ausschöpfen. Dabei dürfen wir uns aber nicht von Regimes wie dem iranischen Gottesstaat täuschen und vereinnahmen lassen, welche sich bewusst anbiedern, die aber nicht vertrauenswürdig sind (Beispiel Uran-Anreicherung), welche Menschenrechte missachten, den Holocaust leugnen, Israel vernichten wollen und als Kriegstreiber wirken.

Hans Fehr

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»



Moderne Musik

Moderne Musik ist – wie bestens bekannt – zumeist leicht chaotisch und oft dissonant. Doch kürzlich erlebte ich so ein Konzert, das anders war und drum bemerkenswert.

Denn plötzlich ertönten im Raum ein paar schöne und rhythmisch harmonische Handy-Töne! Das einzige, was mich daran etwas störte: Ich wusste nicht, ob dies dazugehörte.

Jaggä Pulli Weschtä

gits in Grabs di Beschtä



www.printop.ch · 081 750 37 90 · 9472 Grabs

printop
werbetechnik ag

Die Eliten und Manager der Grosskonzerne ...

... wollen uns über den Tisch ziehen

von Nationalrat Marcel Dettling, Oberiberg SZ

Eine Million Menschen (netto) strömten in den letzten dreizehn Jahren in unser Land. 8'544'000 Menschen leben (Stand 2019) in unserer schönen Schweiz. 1960 waren es noch 5,4 Millionen. 2,2 Millionen oder 25,1 Prozent sind mittlerweile Ausländer. Alle Eingebürgerten und all die Sans-Papiers sind nicht eingerechnet. Wie lange soll diese Masslosigkeit noch weitergehen?



Leider können wir hier nichts erwarten von den Parteien links der SVP – und auch nicht von den grossen Wirtschaftsverbänden. Die Economiesuisse mit ihren Managersöldnern aus dem Ausland hat grossen Widerstand gegen unser Vorhaben signalisiert. Sie hat die Kriegskassen mit vielen Millionen

gefüllt und wird aus allen Rohren schiessen. Denn die grossen Konzerne in der Schweiz sind mittlerweile mehrheitlich in ausländischer Hand, und mehr als die Hälfte der Firmenbosse der grossen Konzerne sind nicht mehr Schweizer. Sie kennen unsere Geschichte, unseren Freiheitsdrang, unsere Traditionen und unsere Werte nicht. Sie wissen nicht, dass wir in unserem Land selber bestimmen – dass wir bestimmen, wer in unser Land einreisen darf und wer nicht. Und ausgerechnet diesen Leuten – den Economiesuisse-Leuten, den EU-Turbos, der «Operation Libero» sollen wir vertrauen?

Ältere raus – junge, günstige Ausländer rein

Den ausländischen Konzernbossen geht es um möglichst grosse Boni Ende Jahr. Um dies zu erreichen, müssen sie harte Zahlen liefern. Um diese zu erreichen, stellen sie junge, günstige Ausländer an. Sie schieben ältere Schweizer auf das Abstellgleis und «entsorgen» sie somit beruflich. Der Bundesrat unterstützt dieses Vorgehen aktiv, in dem er eine sogenannte Überbrückungsrente schaffen will. Statt sich verantwortungsvoll um unsere ältere Generation zu kümmern, die mit harter Arbeit zu unserem Wohlstand beigetragen hat, hilft der Bundesrat mit, Arbeitsplätze zu vernichten. Ganz im Sinn der Grosskonzerne.

Eigentlich hat der Bundesrat das Problem erkannt. Aber was macht er? Er investiert Millionen von Steuergeldern in die Gegenkampagne zur Begrenzungsinitiative. Ein Skandal! Anstatt das Problem an der Wurzel zu packen, nämlich die Zuwanderung zu beschränken, will Bundesrätin Keller-Sutter nun bereits die 58-Jährigen in Pension schicken. So will der Bundesrat die älteren Arbeitnehmer in diesem Land kaufen, damit sie unsere Initiative ablehnen. Aber Herr und Frau Schweizer wollen doch arbeiten und nicht im besten Alter aufs Abstellgleis geschoben werden!

Wer zahlt?

In den letzten Jahren hörte man im Parlament und auch von der Wirtschaft immer wieder von der Fachkräfte-Initiative. Wie wichtig es sei, dass wir das inländische Potenzial besser ausschöpfen, wurde uns eingetrichtert. Aber was macht der Bundesrat? Indem der 58-Jährige frühzeitig in Pension schickt, vernichtet er mutwillig das inländische Potenzial von Arbeitskräften. Damit sorgt er selber für Fachkräftemangel.

Und Sie, meine Damen und Herren, dürfen das zahlen. Sie, die morgens früh zur Arbeit fahren, oder fahren möchten. Meistens können Sie nur schleichen, da die Strassen verstopft sind. Denn die zusätzliche Million Zuwanderer in den vergangenen dreizehn Jahren hat auch 540'000 zusätzliche Autos auf die Strassen gebracht. Auch der Zug hat oft Verspätung, oder er fällt ganz aus.

Die überbevölkerte Schweiz ist nicht meine Schweiz. Ich will eine Schweiz, in der unsere älteren Arbeitskräfte nicht durch günstige Ausländer ersetzt werden. Ich will eine Schweiz, in der man nicht chronisch im Stau steht. Ich will eine Schweiz, in der unsere Kinder eine Heimat finden, wo in den Schulzimmern eine Landessprache gesprochen wird. Ich will eine Heimat, in der man Traditionen noch lebt, in der christliche Weihnachtslieder gesungen werden. Ich will eine Heimat, die nicht zubetoniert ist. Und ich will eine Schweiz, in der wir uns sicher und frei bewegen können. Unterstützen Sie darum die Begrenzungsinitiative und sagen Sie Ja zu unserer Schweiz.

Marcel Dettling

«Das aktuelle Zitat»

«Religiöses Mobbing nimmt zu. Es trifft nichtmuslimische Kinder, die als «Ungläubige» beschimpft werden, aber auch muslimische Kinder, die sich den Spielregeln nicht unterwerfen, die in den Moscheen verkündet werden. Immer dann, wenn die zielgerichtete Durchsetzung islamischer Normen auf Widerstand stösst, versuchen die Vertreter des politischen Islam, ihr Gegenüber mit dem Vorwurf der «Islamophobie» oder des «antimuslimischen Rassismus» mundtot zu machen.»

Susanne Schröter, Direktorin des Forschungszentrums «Globaler Islam», an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt a. M., im «Bayernkurier»



EU-Rahmenvertrag: Behauptungen und Tatsachen

EU-Rahmenvertrag

**«Selbstverständlich sind
wir interessiert
an guten Beziehungen
zur Europäischen Union.**

**Aber wir akzeptieren
nicht, nach Brüssel
zitiert zu
werden, um dort Befehle
entgegenzunehmen.»**

*Bundesrat Ueli Maurer
an der SVP-Delegierten-
versammlung vom
25. Januar 2020,
in Seedorf UR*

Tributpflicht

England gehört zur Minderheit der Nettozahler in der EU. Im Klartext: England hat der EU deutlich höhere Beitragszahlungen entrichtet, als es Entschädigungen von Brüssel eingeheimst hat.

Nach Deutschland ist (bzw. war) England der zweitbeste EU-Nettozahler. Mit dem Brexit reisst London ein für Brüssel schmerzhaftes Loch in die EU-Kasse. Um so verbissener ist die EU bemüht, Ersatzzahler für England an die Brüsseler Kandare zu nehmen.

Aus dem Freihandelsvertrag mit der EU resultiert für die Schweiz bis heute keinerlei Verpflichtung für Zahlungen an die EU. In der Vergangenheit hat die Schweiz eine sog. Kohäsionsmilliarde freiwillig an die EU bezahlt. Eine zweite Milliarde hat das Parlament inzwischen beschlossen. Sie bleibt aber blockiert, bis Brüssel die illegalen Schikanen zulasten der Schweizer Börsen endlich aufhebt.

Beide Kohäsionsmilliarden stellen freiwillige Leistungen der Schweiz dar. Sie wurden auf entsprechendes Ersuchen Brüssels einzeln beschlossen.

Solches Ersuchen-Müssen will sich Brüssel künftig ersparen. Mit dem Rahmenvertrag, den Brüssel der Schweiz aufzwingen will, will die EU die Schweiz zu regelmässigen hohen Jahresbeiträgen an Brüssel verpflichten.

Der Vertrag hält freilich erst die Pflicht zur Leistung solcher Beitragszahlungen fest – in Wahrheit Tributzahlungen eines Nicht-Mitglieds. Zur Höhe der Jahresbeiträge liess sich Brüssel bis heute nichts entlocken. Unterwirft sich die Schweiz dem Rahmenvertrag, dann erst wird Brüssel die Höhe des der Schweiz zugemuteten Jahresbeitrags festsetzen.

Brüssel will diese Zahlungsverpflichtung deshalb im Rahmenvertrag fest verankern, weil es die Schweizer Stimmbürger von Entscheidungen über Zahlungen, Verweigerungen oder Kürzungen ein- für allemal ausschliessen will. Weisungen aus Brüssel will die EU der direkten Demokratie ganz entziehen.

Nur mit einem Nein zum EU-Rahmenvertrag kann die Schweiz der ihr von Brüssel zugedachten Tributpflicht entrinnen.

Ghettos einbürgern?

Links-grüne Zwängerei

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Der Vorstoss des Zürcher Stadtrates für die Einführung des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene wird nun vorläufig vom Zürcher Kantonsparlament unterstützt. Die einzige Bedingung wäre eine Mindestzeit der Wohnsitzpflicht in einer Zürcher Gemeinde von zwei Jahren. Nun liegt der Ball bei der Rechtskommission und wird dann ein zweites Mal im Kantonsparlament behandelt.



Da für das Ausländerstimmrecht eine Änderung der Kantonsverfassung notwendig ist, muss zwingend das Volk darüber befinden. Zum Glück! Bereits 1993 und 2013 haben die Zürcher Stimmberechtigten ein gleichlautendes Anliegen mit jeweils 75 Prozent verworfen. Da bei einer zürcherischen Abstimmung die Stimmberechtigten des gesamten Kantons das Sagen haben, ist davon auszugehen, dass der Souverän der links-grünen Zwängerei erneut eine Abfuhr erteilen wird.

Wer in der Schweiz am politischen Leben teilnehmen möchte, hat sich einzubürgern. Dass die Zwängerei auch von den Sozialdemokraten unterstützt wird, ist nicht weiter verwunderlich, erhofft man sich doch mit einer neu geschaffenen Kategorie von Stimmberechtigten den Wählerschwund etwas verlangsamen zu können. Die Zürcher SP-Stadtpräsidentin Corinne Mauch, Vorzeige-Initiantin des Ausländerstimmrechts, bezeichnete dies als einen «ersten und wünschbaren Schritt», was wohl bedeutet, dass als Endziel das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf die gesamte Eidgenossenschaft ausgedehnt werden soll.

In Dänemark haben die Behörden fünf Kriterien definiert, welche einen Stadtteil zum Ghetto machen. Werden drei dieser Kriterien erfüllt, wird das Quartier auf einer gesonderten Liste aufgeführt – und man bemüht sich dort verstärkt um die Integration. Die fünf Kriterien lauten: 1. Mehr als die Hälfte der Einwohner sind Zuwanderer aus nicht-westlichen Ländern. 2. Die Arbeitslosenquote übersteigt 40 Prozent. 3. Das Durchschnittseinkommen der entsprechenden Region liegt bei weniger als 55 Prozent. 4. Sechzig Prozent der Erwachsenen haben nur die Grundschule besucht. 5. Die Zahl der verurteilten Straftäter ist dreimal so hoch wie im nationalen Durchschnitt.

Die «Basler Zeitung» hat aufgrund dieser dänischen Kriterien in einem bemerkenswerten Artikel die Quartiere des Kantons Basel-Stadt untersucht und kam dabei zum Schluss, dass drei Basler Quartiere zum Ghetto disqualifiziert werden müssten. Denn «hohe Ausländerdichte», «geringes Einkommen», «Sozialhilfe-Abhängigkeit» und «Arbeitslosigkeit» sowie «viele Menschen aus fremden

Kulturkreisen» erfüllen bereits das Prädikat Ghetto. Zudem liegt gemäss der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 der Ausländeranteil an der Gesamtkriminalität laut Schweizerischem Strafgesetzbuch schweizweit bei 52 Prozent, und für den Kanton Zürich bei 51,2 Prozent. Basel-Stadt mit 61 Prozent (!) führt schon seit langer Zeit die Spitze der Hitliste an. Wie im Kanton Basel-Stadt wird es auch in etlichen Zürcher Gemeinden und in der Stadt Zürich selbst Quartierbereiche geben, die nach dänischer Kategorisierung als Ghetto einzustufen wären.

Und jetzt träumen rot-grüne Politiker, unterstützt von etlichen Volksvertretern der Mitteparteien, die ausländische Wohnbevölkerung am politischen Prozess teilnehmen zu lassen. Es dürfte spannend werden, weil nicht vorgesehen ist, die Wahl- und Abstimmungsunterlagen in Dutzende Sprachen zu übersetzen. Wahrscheinlich muss Artikel 282bis des Schweizerischen Strafgesetzbuches mit dem Titel «Stimmenfang» gestrichen werden. Ansonsten müssten wohl etliche Strafverfahren eingeleitet werden, wenn Ausländern ohne Sprach- und Politikkenntnisse «Hilfestellung beim Ausfüllen von Stimmzetteln» geleistet würde. Na ja – auch hier gilt wohl die Weisheit «honi soit qui mal y pense».

Markus Melzl

«Das aktuelle Zitat»



«Es ist sehr gut, dass es auch gelbe, schwarze und braune Franzosen gibt. Voraussetzung ist aber, dass sie immer eine kleine Minderheit bleiben. Sonst wäre Frankreich nicht mehr Frankreich. Denn wir sind vor allem ein europäisches Volk, das zur weissen Rasse, zur griechischen und lateinischen Kultur und zum christlichen Glauben gehört. Die Araber sind Araber, die Franzosen sind Franzosen. Wenn wir die Integration durchführen, wenn alle Araber und Berber Algeriens als Franzosen betrachtet würden: Wie könnte man sie daran hindern, sich in Frankreich niederzulassen, wo das Lebensniveau so viel höher ist? Mein Dorf wäre nicht mehr Colombey-les-Deux-Eglises (Colombey mit den zwei Kirchen), sondern Colombey-les-Deux-Mosquées (Colombey mit den zwei Moscheen).»

Charles de Gaulle (Zitat vom 5.3.1959 im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg, in «C'était de Gaulle», von seinem Pressesprecher Peyrefitte)

Rezension eines ungelesenen Buches

Herr Ziegler, schämen Sie sich!

von David Klein, Journalist, Musiker und Komponist, Basel

«Er ist wieder da». Nein, ich spreche nicht von der gleichnamigen deutschen Hitler-Parodie aus dem Jahre 2015. Die Rede ist von Jean Ziegler, dem präpotenten Geisterfahrer, der mit rot-grüner Brille und permanent nach links gestelltem Blinker weltweit die politischen Autobahnen unsicher macht. Der 86-jährige SP-Rentner meldet sich mit «Die Schande von Europa» als Buchautor zurück, einem Pamphlet über die sogenannte «Flüchtlingskrise», am Beispiel des «Hotspots» Moria auf der griechischen Insel Lesbos.



Zugegeben, ich habe Zieglers Ergüsse nicht gelesen. Darauf aufmerksam wurde ich durch die distanz- und kritiklose Rezension von Linus Schöpfer im «Tagesanzeiger». Nach dieser Lektüre gelangte ich zur Überzeugung, dass dem Wahrheitsgehalt von Zieglers Geschwurbel etwa gleich viel

Bedeutung zuzumessen ist wie seiner anhaltenden Beteuerung, er hätte den vom Massenmörder und Ziegler-Intimus Muammar Gaddafi gestifteten und mit 100'000 Dollar dotierten «Menschenrechtspreis» nie erhalten.

Diese Behauptung hielt Ziegler, der sich wie kein anderer die bebende Sorge um die Menschenrechte auf die Fahne schreibt, aufrecht, bis ein Foto aus dem Jahre 2002 auftauchte, das den selbsternannten Menschenrechtler bei der Verleihung des absurden Preises zeigt. Denn ein Menschenrechtspreis, gestiftet von einem Terroristen und Menschenschlächter wie Gaddafi, ist etwa so schlüssig wie ein Preis zum Schutz menschlichen Lebens, gestiftet von Serienkiller Ted Bundy.

Entgegengenommen hat Ziegler die Auszeichnung in bester Gesellschaft mit dem Antisemiten, Holocaustleugner, Ex-Kommunisten und Islam-Konvertiten Roger Garaudy, dessen Machwerk «Die Gründungsmythen der israelischen Politik» der passionierte «Israelkritiker» Ziegler leidenschaftlich gegen den berechtigten Vorwurf des Antisemitismus verteidigte: «Ich bin empört über den Prozess, den man gegen Sie führt. Ihr ganzes Werk als Schriftsteller und Philosoph bezeugt die analytische Strenge und unbestechliche Lauterkeit Ihrer Absichten. Es macht Sie zu einem der wichtigsten Denker unserer Epoche (...) Aus diesen Gründen versichere ich Sie meiner Solidarität und meiner bewundernden Freundschaft.» (André Taguieff, «La judéophobie des modernes», Paris 2008, Seite 48).

Besonders anstössig ist Zieglers unsägliche Arroganz und der eklatante Mangel an Selbstreflexion, mit der

sich «der grosse linke Ankläger» (TA) anmasst, alle Welt bezüglich der Menschenrechte zu schulmeistern. Ziegler, der Gaddafis «Menschenrechtspreis», mit dem sich der libysche Diktator nach dem Attentat von Lockerbie bei der EU einschleimen wollte, als «Anti-Nobelpreis für die Dritte Welt» anpries. Ziegler, der als Vizepräsident der radikalen Genfer NGO Nord-Sud 21 (sie verleiht den Gaddafi-Preis) die berüchtigte «Antirassismus-Konferenz» in Durban mitorganisierte, die zu einem antiisraelischen Hassfest verkam, an dem Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt wurde.

Aber ich schweife ab. Es soll hier nicht um Zieglers Reputation als vermeintlicher Verfechter der guten und gerechten Sache gehen, die bereits derart ramponiert ist, dass sie nur noch von der Uno aufrecht erhalten wird, einer Organisation, die von denselben Despoten und Autokraten unterwandert ist, in deren mörderischem Glanz sich der linke Ziegler gerne sonnte und deren Anerkennung ihm Bestätigung verschaffte.

Ziegler wiederholt längst widerlegte Thesen, allesamt basierend auf den vermeintlichen Verfehlungen des Westens gegenüber dem Orient. Er geißelt ein Europa, das gerade seine «moralische Glaubwürdigkeit» verliere: «Wir reden hier von universellen Menschenrechten, die absolut und nicht verhandelbar sind.» Ziegler fordert die Wiederaufnahme von «Relokalisierungsplänen» der EU: «Osteuropäern», also Ländern, die sich weigern, sozialgeldabhängige Parallelgesellschaften und No-Go-Zonen tolerieren zu müssen, soll die EU «die Subventionen streichen».



**«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00**

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**

inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

Das ist natürlich Quatsch. Als könnte das Migrationsproblem dadurch gelöst werden, indem Millionen unqualifizierte Männer aus kulturfernen Gesellschaften, die grösstenteils die zwingenden Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention zur Gewährung von Asyl nicht erfüllen, durch Massenimmigration die europäischen Sozialsysteme aushöhlen und letztlich zum Kollabieren bringen. Nein, die Probleme müssen in den jeweiligen Ländern und von der dortigen Bevölkerung gelöst werden, was eigentlich ein Leichtes wäre.

Im saudi-arabischen Mina, acht Kilometer östlich der «heiligen Stadt» Mekka, stehen auf einer Fläche von 20 Quadratkilometern 100'000 Zelte, für welche die Bezeichnung «Zeltstadt» eine Beleidigung wäre. Es handelt sich um Hightech-Unterkünfte aus Fiberglas, beschichtet mit Teflon, zum Schutz gegen Sonne und Feuer. Jedes der 64 Quadratmeter grossen Zelte verfügt über Strom, WLAN und ist voll klimatisiert. Die Wasserversorgung der Luxuszelte wird durch eine Wasserleitung gewährleistet, die 100 Kilometer umfasst. Genutzt wird dieser Luxus-Campingplatz, in dem über drei Millionen Menschen Platz finden, nur wenige Tage im Jahr, nämlich wenn die «Glamping»-Zelte während des Hadsch wallfahrenden muslimischen Pilgern als bescheidenes Logis dienen. Den Rest des Jahres steht er leer.

Nun gibt es bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung Gegenden, in denen gekämpft wird und andere, wo keine Gefechte ausgetragen werden. In Syrien wurde in Aleppo gekämpft, während man in Damaskus feierte, in Idlib dauern die Gefechte an. Die praktikable Lösung wäre die folgende: In gefechtsfreien Gebieten werden Unterkünfte nach dem Beispiel von Mina errichtet. Dorthin würde die jeweilige Zivilbevölkerung evakuiert, bis die Kriegshandlungen beendet sind – wenn nötig durch das Eingreifen von alliierten Streitkräften. Nach Beendigung der Krise kehren die Einwohner in ihre Städte zurück und bauen ihre Länder wieder auf.

Aufkommen für den Bau der Luxus-Zelte sollten die Golfstaaten, die das Migrantendesaster bis anhin vollumfänglich auf Europa abgewälzt haben. Katar hatte schon 2011 in Tunesien bewiesen, wie unbürokratisch und schnell die Golfstaaten handeln können. Für die Flüchtlinge des libyschen Bürgerkriegs stampfte Katar in Rekordzeit Camps aus dem Boden. Hightech-Wüstenzelte, Kühlschränke, Matratzen, Fernseher, Klimaanlage – alles wurde direkt aus Katar eingeflogen. Ein Fünf-Sterne-Cateringsservice verköstigte die Flüchtlinge drei Mal täglich. Die Frage muss erlaubt sein: Weshalb wurden solche Luxusunterbringung nicht längst für die Flüchtlinge in den schäbigen Lagern im Libanon, Irak, in der Türkei oder Jordanien errichtet?

Die arabischen Emirate und Königreiche haben (nicht nur) die Krise in Syrien befeuert, indem sie radikal-islamische Rebellen finanzierten und dadurch den

«Das aktuelle Zitat»

Ein Beschluss von unübersehbarer Tragweite

Sogenannte «Klimaflüchtlinge» können laut dem Uno-Menschenrechtsausschuss künftig einen Asylantrag geltend machen. Die Entscheidung, über die der «Deutschland-Kurier» kürzlich berichtete, ist für 116 Länder, darunter auch für Deutschland, bindend. Laut der Weltbank könnten sich bis 2050 rund 140 Millionen «Klimaflüchtlinge» auf die Reise machen. Vor diesem Hintergrund erklärte Dr. Alice Weidel, die Co-Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: *«Mit der Uno-Vorgabe wurde ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, nach Europa zu emigrieren. Dabei brauchen wir eine Begrenzung der Zahl der Asylbewerber. Es ist geradezu wahnwitzig, nun auch noch das Klima vorzuschieben, um Millionen Afrikaner und Asiaten einzuladen. Statt dass die Uno rechtlich die Schleusen öffnet, ist es dringender denn je, einen absolut sicheren Grenzschutz um Europa zu installieren, wenn wir nicht in naher Zukunft selbst zu Afrika werden wollen.»*

Auswuchs von extremistischen Gruppierungen förderten. In Libyen tobt ein weiterer Stellvertreterkrieg der Saudis.

Ziegler sieht aber nicht etwa die Herkunftsländer der Migranten in der Pflicht. Auch den unermesslich reichen Golfstaaten, die gemäss Amnesty International nicht einen einzigen syrischen Flüchtling aufgenommen haben, mag Ziegler nicht einmal ein Mindestmass an Empathie für ihre Glaubensbrüder und -schwestern zumuten. Die Verantwortung für die Migrantenkatastrophe soll einzig und allein Europa tragen.

Ja, es gibt sie, die Schande von Europa. Es ist der Genozid an den europäischen Juden. Ein Verbrechen, das nicht dadurch gesühnt wird, indem Europa mit Migranten geflutet wird, die aus Gesellschaften stammen, in denen Juden- und Frauenhass zur Staatsräson gehört.

Noch ein paar Worte zu den Zuständen in dem von Ziegler besuchten Flüchtlingslager – wie etwa verstopfte Toiletten – die den wohlstandsgesättigten Bünzli aus Thun «an Konzentrationslager unseligen Andenkens erinnern». Am 19. Januar 1943 schrieb meine Urgrossmutter Gisela Schiller ihrer Tochter Agnes, meiner Grossmutter, einen Brief aus dem KZ Theresienstadt («Der Führer schenkt den Juden eine Stadt»). Es sollte ihr letzter sein. Vier Tage später wurde sie mit 2017 weiteren Insassen aus Theresienstadt nach Auschwitz deportiert, wo sie am 23. Januar 1943 ermordet wurde. Von den 2017 Mithäftlingen überlebten ganze fünf Menschen. Verstopfte Toiletten...?! Schämen Sie sich, Herr Ziegler!

David Klein

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 39)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Am 8. Juni 1996 führen wir einmal mehr eine Arbeitstagung durch, diesmal zum Thema «Gesundheitswesen – wie weiter?», zu der wie üblich alle interessierten Parteimitglieder eingeladen sind. Dieser Basisbezug ist äusserst wichtig, sonst wäre die SVP keine Volkspartei. Unsere Basis wird im Unterschied zu Parteien, die sich elitär wähnen, ernst genommen und liefert immer wieder gute, praxistaugliche Ideen für die politische Arbeit der Kantonalpartei.

Die Tagung wird geleitet von Kantonsrat Rudolf Ackert aus Bassersdorf, dem bewährten Präsidenten unserer Programmkommission, und von Nationalrat **Toni Bortoluzzi**, der als Schreinerei-Inhaber im Parlament bereits eine wichtige Stimme in der Gesundheitspolitik ist und sich während 24 Jahren in diesem Bereich zur Kapazität unter der Bundeshauskuppel entwickelt. *Leider ist die Lücke, die er mit seinem Rücktritt im Jahre 2015 hinterlassen hat, noch nicht ganz ausgefüllt – aber die Hoffnung auf eine würdige Nachfolge stirbt zuletzt.*

Kernthema der Tagung: Wie bekommen wir das Prämienwachstum in den Griff? Wie viel Markt und wie viel Grundversorgung braucht es? Wie senken wir die Spitalkosten? Das Fazit der Tagung lautet: «Mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung und weniger Sozialismus im Gesundheitswesen!» *Wir sind inzwischen auf diesem Weg einige Schritte vorwärts gekommen. Die Mitte-links-Mehrheiten im Parlament, die das Gegenteil wollen, nämlich eine weitgehende Verstaatlichung des Gesundheitswesens, haben sich aber leider da und dort durchgesetzt. Darum ist das Thema heute wieder hochaktuell, denn die Prämienlast ist für viele Familien fast untragbar geworden.*

*

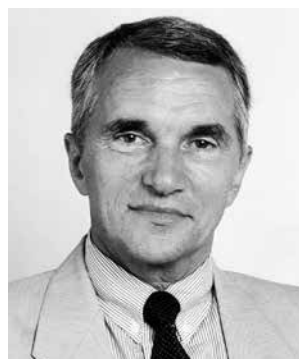
«Rot-grüne Politik vernichtet Arbeitsplätze»: Unter diesem Titel (*er könnte von heute stammen*), feuert der schweizerische Parteipräsident **Ueli Maurer** Mitte 1996 eine Breitseite gegen die Linke ab. «Wir stossen mit den Lasten unseres Sozialstaates an die Grenzen der Finanzierbarkeit», warnt er die Genossen, welche den Ausbau des Sozialstaates immer weiter vorantreiben wollen. «Auch wenn Ausdrücke wie Wirtschaftswachstum, Risikokapital oder Innovation heute zum Vokabular jedes Edelsozialisten gehören, verhält sich die politische Linke im Alltag völlig anders», stellt Maurer fest. Man fordere die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta, die Einführung einer nationa-

len Kinderzulage, die Mutterschaftsversicherung (als wäre Mutterschaft eine Krankheit) und die Senkung des Rentenalters.

Noch weitergehende (heute aktuelle) rot-grüne Forderungen, u.a. nach einer 24- oder gar 36-wöchigen «Elternzeit», hätte sich Maurer damals sicher nicht träumen lassen. Auch dass die Massenzuwanderung in unser Sozialsystem dereinst ein Kernproblem darstellen würde, konnte er damals noch nicht wissen. Ebenso wenig konnte er wissen, dass das Schweizervolk im Jahre 2020 (am kommenden 17. Mai) über die «Begrenzungsinitiative» abstimmen würde. Heute ist es klar: Die eigenständige Regelung der Zuwanderung ist ein absolutes Muss, sonst sind wir in Kürze eine 10 Millionen-Schweiz mit gewaltigen Problemen.

*

Im Juli 1996 fordert unser Nationalrat **Werner Vetterli**, der Sport und die Sportpolitik müssten in unserem Land einen viel höheren Stellenwert bekommen – wir dürften nicht länger ein «Sportstätten-Entwicklungsland» sein. Das Motto von Baron Pierre de Coubertin, Begründer der modernen Olympischen Spiele – «schneller, höher, weiter» – sei im Zeitalter der Rekorde, der Tausendstelsekunden und der TV-Top-Highlights überholt. In Anbetracht der Mega-Sport-Show von Atlanta (Sommerolympiade 1996) müsse das Motto lauten: «gigantischer, perfekter, gewinnträchtiger».



Mit mehr als einem Dutzend Top-Sportanlässen (Leichtathletik Weltklasse Zürich, Athletissima Lausanne, Lauberhornrennen, Rotsee-Regatta, Reitsportveranstaltungen in St. Gallen, Zürich und Genf, Tennisweltklasse in Basel, Gstaad und Zürich, Golf-Masters in Crans-Montana, Spengler-Cup, Tour de

Suisse) sei die Schweiz im internationalen Vergleich zwar gut dotiert. – «Aber die Konkurrenz schläft nicht. Überall im Ausland ist man am Planen und am Bauen.» Unsere Stadien und ihre Infrastruktur seien hoffnungslos veraltet – für unser Land blamabel, für die Athleten, Betreuer und Medien eine Zumutung. Vetterlis Forderung: «Wir brauchen dringend ein nationales Stadion mit 35'000 Sitzplätzen für Fussball und Leichtathletik, zwei polysportive Stadien mit 25'000 Plätzen, eine Wettkampf- und Veranstaltungshalle mit über 10'000 Sitzplätzen, weitere polysportive Trainingszentren und -hallen sowie Zentren für Radrennen und Tennis, eine Kunsteis-Rundbahn und ein nationales Schwimmsportzentrum.»

Natürlich wirft Vetterli den Ball etwas gar weit. Aber er darf das auch. Denn er ist auch in Sportkreisen bestens bekannt als aktiver Sportler und grosser Förderer des Gesundheits- und Breitensports. Vetterli hat rund 20 Schweizermeistertitel im Modernen Fünfkampf, im Wintermehrkampf und im Schwimmen gewonnen. 1954 war er Vizeweltmeister im Modernen Fünfkampf. Inzwischen sind immerhin einige seiner Forderungen in Planung oder bereits erfüllt worden.

Unvergesslich bleibt mir Werner Vetterli auch als guter und äusserst gewissenhafter Kollege im Parlament. Er hat sich jeweils während drei Wochen vor Beginn der Session abgenabelt und war kaum erreichbar. «Ich muss mich in alle Unterlagen, Berichte und Anträge für die Session «einlesen» – melde Dich wieder, wenn die Session vorbei ist», lautete seine Antwort. Dazu machte er sich umfangreiche Notizen und wurde so zu unserem wandelnden Lexikon. Dass er dabei vor lauter Bäumen manchmal den Wald nicht mehr sah – und dass er Kollegen abkanzelte, die es mit der Präsenz im Rat nicht so genau nahmen wie er selbst – hat man ihm gerne verziehen.

Eine weitere «Vetterli-Spezialität» war die folgende: Er war unter der Bundeshauskuppel der bestinformierte Kollege zur Frage: «Wer von den Kollegen und Kolleginnen

Wir sind die grossen «Retter»

- 1980 Rettet die Bäume
- 1990 Rettet den Regenwald
- 2000 Rettet die Eisbären
- 2008 Rettet die Banken
- 2010 Rettet den Euro
- 2013 Rettet Griechenland
- 2015 Rettet die Flüchtlinge
- 2018 Rettet den Brexit
- 2019 Rettet das Klima

Hiermit rufe ich für das Jahr 2020 das neue Rettungsmotto aus: **Rette sich, wer kann!**

al

hat etwas (ein Verhältnis, engere Beziehungen) mit wem?» Was Werner Vetterli im kleinen Kreis über dieses Thema zum Besten gab, wurde natürlich eifrig kommentiert.

Ein Beispiel: Ein Parlamentarier aus der Ostschweiz war ein spezieller «Möchtegerne-Schürzenjäger». Er versuchte mehrfach, attraktive Frauen «anzubaggern». So fiel ihm eines Tages eine attraktive Frau auf der Besuchertribüne auf. Als er sie in der Wandelhalle ansprach, stellte sie sich vor als «Frau Frey, die Frau von Nationalrat Walter Frey». Der betreffende Nationalrat war völlig verblüfft und schlich sich unter einem Vorwand rasch von dannen.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: Fr. 80.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Freitag, 7. Februar 2020, 19.00 Uhr

Raclette-Abend und Sessionsrückblick

Mit Nationalrat Bruno Walliser (SVP), Volketswil
Gemeinschaftssaal «In der Au», In der Au 1, 8604 Volketswil/ZH
Veranstalterin: SVP Volketswil

Freitag, 14. Februar 2020, 19.30 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr)

Die Schweiz und ihre Werte

Mit Oskar Freysinger (Autor), Andreas Thiel (Kabarettist), Robert Bartuma (Präsident der Aramäer in der Schweiz) und Dänu Wisler (Schriftsteller/Musiker). Eintritt kostenlos, freiwillige Kollekte. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.
Lindensaal, Lindenstrasse 6 B, 9230 Flawil/SG
Veranstalter: Fürstenland Forum St. Gallen

Samstag, 22. Februar 2020, 09.45 Uhr

20. Nationaler SVP-Jasscup

Mit National- und Ständeräten der SVP
Mehrzweckhalle Stumpfenmatt, 6436 Muotathal/SZ
Anmeldung erforderlich: SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, E-Mail gs@svp.ch

Montag, 24. Februar 2020, 19.30 Uhr

Info-Abend «Begrenzungsinitiative» (InstA)

Mit Werner Gartenmann (Auns) und Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Wirtschaft zum Löwen, Milchstrasse 1, 6423 Seewen/SZ

BESTSELLER

Büchertisch

SCHWEIZ



Der Fluch des Guten

*Wenn der fromme Wunsch regiert –
eine Schadensbilanz*

Alex Baur

Weltwoche-Autor Alex Baur stellt fest, dass «im Namen des Guten» fixe Meinungen und fixe Standpunkte immer mehr als Glaubensbekenntnisse denn als überprüfte Wahrheiten die Medien-Berichterstattung beherrschen. Wahrheitssuche wird, wo der Glaube Fakten verdrängt, immer schwieriger. Weil jenem, der Vorgegebenem nicht traut, rasch schlechte Gesinnung oder Schlimmeres vorgeworfen wird. Ein Buch, das eindrücklich belegt, wie freie Meinungsbildung und freie Rede zunehmend bedroht sind: Neuer Totalitarismus kündigt sich an.

Münster, Basel 2019, 344 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 23.75

AKTUELL



Chaos

Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten verstehen

Gilles Kepel

Ein herausragender Kenner geopolitischer Zusammenhänge, der sich von modischen Deutungen in keinerlei Art und Weise je hat einfangen lassen, schildert Ursachen und Erscheinungsformen der vielfältigen, wirren, schlecht durchschaubaren und nicht enden wollenden Krisen, Konflikte und Waffengänge im arabisch-islamischen Raum. Sein Buch ermöglicht Durchblicke, die mit blossen Tagesschau-Konsum nie zu erreichen sind.

Kunstmann, München 2019, 494 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.60)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 34.75

SCHWEIZ



Bahnen unter Strom

Die Elektrifizierung der Schweizer Bahnen

Kilian T. Elsasser

Ein reich illustrierter Bild- und Textband in Grossformat über herausragende Ingenieur-Leistungen, welche die im weltweiten Vergleich ausgesprochen frühzeitig erfolgte Elektrifizierung der Bahnen in der Schweiz bezüglich Konstruktion der benötigten Lokomotiven auslöste. Die Schweiz erbrachte zu Beginn der Elektrifizierung der Bahnen Pionierleistungen, die im Ausland vergleichbare Entwicklungen erst viel später auszulösen vermochten.

Stämpfli, Bern 2020, 128 S., Grossformat, geb., reich ill., (Richtpreis Fr. 49.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 46.55



Rote Asche

Ein Roman

Oskar Freysinger

Im Mittelpunkt dieses Romans steht ein Schachbrett. Darauf findet ein vielfältig verzweigtes, manchmal verdeckt, manchmal offen entfaltetes Spiel über weite Zeiträume statt, das die im Buch vorgestellten Gestalten lebenslänglich miteinander verbindet. Es beginnt in der frühen Sowjetunion, wo Krieg, Terror und unbarmherzige Unterdrückung dominierten. Und es endet mit dem Untergang der «klassenlosen Gesellschaft», symbolisiert durch den Fall der Berliner Mauer. Ein in jeder Beziehung spannendes, gelungenes Werk Schweizer Literatur.

Brinkhaus, Horw 2018, 262 S., brosch., (Richtpreis Fr. 34.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 33.15



Geschichte der Schweizer Armee

Vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Rudolf Jaun

Der Autor, bis 2013 Professor an der Militärakademie der ETH Zürich, dokumentiert Entstehung, Entwicklung und Ausbau von den ersten Streitkräften einzelner Stände bis zur Schweizer Armee im Bundesstaat Schweiz. Die Darstellung schildert, wie die Schweiz mit ihrer einzigartigen Milizarmee bezüglich Kampfkraft den Bedrohungen der jeweiligen Zeit gegenüber zu bestehen vermochte. Besondere Kapitel widmet der Militärwissenschaftler dem Umbau der Streitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges, also einer Bestandesaufnahme zur Armee von heute.

Orell Füssli, Zürich 2019, 548 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 68.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 64.60



Richter auf dunklen Abwegen

Kriminalroman

Peter Mathys

Ein Tatsachenbericht, gestaltet als Kriminalroman. Der Autor stellt sich vor als Zürcher Stadtpolizist. Er stiess im Dienst auf einen brisanten Tatbestand. Und erlebte, wie sorgfältige Ermittlungen trotz brisanter Verdachtsmomente abgeblockt wurden. Der vermutete Täter ist inzwischen verstorben, so dass sich Ermittlungen heute erübrigen. Dies wird präsentiert als spannende Geschichte, deren wahrer Hintergrund die Leser allerdings erschauern lässt.

BoD, Norderstedt 2019, 161 S., brosch., (Richtpreis Fr. 11.50)

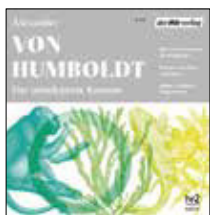
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 10.95

(Es ist mit längerer Lieferfrist zu rechnen).

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Alexander von Humboldt

Der unbekannte Kosmos

Zum 250. Geburtstag des grossen, 1769 geborenen Universalgelehrten ist auch eine Zusammenfassung seines umfangreichen Werks auf insgesamt acht Hörbüchern präsentiert worden. Humboldts Biographie macht den Anfang. Es folgen Berichte seiner Expeditionen nach Amerika und Asien. Erkenntnisse aus Entdeckungen gliedert Humboldt darauf in eine Geschichte des Menschengeschlechts, wozu er auch scharfe Kritik an Kolonialismus und Sklaverei übt. Humboldt befasste sich auch ausführlich mit Geographie und Geologie auf dem Erdball und gelangte schon früh zu ökologischen Schlussfolgerungen. Auch Pflanzen und Tiere waren Gegenstand seiner Studien, die ihn als herausragenden Universalwissenschaftler charakterisieren. Die Hörbuch-Dokumentation vermittelt wertvolles und umfassendes Wissen. Etwas störend empfanden wir die Versuche, Humboldt pauschal für die von den Medien aufgeblähte Ökologiebewegung von heute einzunehmen.

Hörverlag, München 2019, 8 CDs, Laufzeit 10 Std. 7 Min., (Richtpreis Fr. 49.70)

Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 47.20

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksame Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Die Könige der Schweiz

Die Geschichten der Schwingerkönige von 1895 bis 2019

Christina Boss/Christian Boss

Ohne Zweifel ein Prachtband ist dem Reinhardt-Verlag mit den Porträts aller bisherigen Schwingerkönige der Schweiz gelungen. Sorgfältig gestaltete Texte stellen einerseits die Persönlichkeiten aller Schwingerkönige vor, dokumentieren aber auch die Geschichte einer Sportart, die es nur in der Schweiz gibt, deren Popularität von Jahr zu Jahr zunimmt.

Einst besuchten Schwingfeste fast nur mit dem Schwing-sport eng verbundene Kenner. Heute lockt das Eidgenössische als alle drei Jahre stattfindendes Hauptereignis des Schwingsports Zehntausende begeisterter Zuschauer an, die den spektakulären Kampf Mann gegen Mann bewundern. Ein wahrhaft prächtiges Buch, das nicht nur Schwingerfreunde begeistern wird.

us

Christina Boss/Christian Boss: «Die Könige der Schweiz – Die Geschichten der Schwingerkönige von 1895 bis 2019».

Friedrich Reinhardt, Basel 2019, 379 S., geb., Grossformat, reich ill., (Richtpreis Fr. 44.80)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 42.55

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐ Alex Baur – Der Fluch des Guten

à Fr. 23.75

Aktuell

☐ Gilles Kepel – Chaos

à Fr. 34.75

Schweiz

☐ Kilian T. Elsasser – Bahnen unter Strom

à Fr. 46.55

☐ Oskar Freysinger – Rote Asche

à Fr. 33.15

☐ Rudolf Jaun – Geschichte der Schweizer Armee

à Fr. 64.60

☐ Peter Mathys – Richter auf dunklen Abwegen

à Fr. 10.95

Hörbuch

☐ Alexander von Humboldt –
Der unbekannte Kosmos

à Fr. 47.20

Buchzeichen

☐ Christina Boss, Christian Boss –
Die Könige der Schweiz

à Fr. 42.55

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(02/31.01.2020)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 31. Januar 2020 **Stammtisch** **Abstimmungsdebatte «Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm»: Ja oder Nein?**
Moderation: Anian Liebrand

Freitag, 7. Februar 2020 **Landmann-Talk** **Valentin Landmann im Gespräch mit Dr. Daniel Christen, Chirurg Klinik Bethanien**

Freitag, 14. Februar 2020 **Stammtisch** **Von Luzern nach Bombay und zurück**
Moderation: Anian Liebrand



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

14. Februar 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Konzernpropaganda

Dass ausländische Konzerne mitunter ein fragwürdiges Verhältnis zum schweizerischen Staatsaufbau an den Tag legen, ist hinlänglich dokumentiert. So sorgte ein türkisches Erdölunternehmen 2017 für Entsetzen, als es in einem Stelleninserat die Bedingung formulierte: «keine militärische Verpflichtungen für männliche Bewerber.»

Nun sieht sich der der US-amerikanische Weltkonzern Coca Cola berufen, in den Abstimmungskampf über die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm einzugreifen. Mit teuren, regenbogenfarbenen Inseraten wirbt Coca Cola zwei Wochen vor der Abstimmung für eine «diskriminierungsfreie Schweiz» und preist eine «bunte, vielfältige Gesellschaft» an. Als politische Einflussnahme sei dies aber nicht zu verstehen, vielmehr wolle man in der Schweiz «eine Diskussion über Werte» lancieren.

Als privater Firma steht es Coca Cola natürlich frei, sich politisch so zu positionieren, wie sie will. Das PR-Märchen, bei den Inseraten handle es sich nicht um Abstimmungskampf, glaubt dabei natürlich kein Mensch. Wahrscheinlich wird sich die Marketing-Kampagne für Coca Cola gar kontraproduktiv auswirken, da der Schweizer in der Regel sehr kritisch auf Erziehungs- und Belehrungsaktionen «von oben» reagiert.

Genau so frei wie Coca Cola ist, sich mit viel Geld ein besseres Image erkaufen zu wollen, steht es auch den Konsumenten frei, sich zu erinnern, dass es in der Schweiz gute lokale Alternativen zum braunen US-Sprudel gibt – ein Schweizer Anbieter hat seinen Sitz in Eglisau ZH. Glaubwürdig wäre Coca Cola ohnehin erst, wenn der Konzern seine wirtschaftliche Tätigkeit in all jenen Ländern einstellen würde, in denen Homosexualität heute noch immer verboten ist (69 Staaten) oder gar mit dem Tod bestraft wird (sieben Staaten). Aber so konsequent ist man dann doch nicht.

Nicht minder taktlos agieren manche Schweizer Grossfirmen, die in grosser Zahl von ausländischen Managern geführt werden, die keinen Bezug zur direkten Demokratie haben. Ob wir demnach im kommenden Abstimmungskampf über die Begrenzungsinitiative der SVP mit einwanderungsverharmlosenden Plakatkampagnen von McDonalds oder Apple rechnen müssen, ist eigentlich egal. Von den Millionen, die Economiesuisse in die Anti-SVP-Schlacht stecken wird, ist klar, dass sie von abgehobenen Konzernen stammen, deren Manager ihre Boni im unkontrollierten Nachzug billiger «Lohnsklaven» aus dem Ausland begründet sehen.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**